



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

BEWEGUNG IN DER INNENPOLITIK? RUSSISCHE LANDWIRTSCHAFT

■ KOMMENTAR	
Medwedew will nicht mehr Putin sein – jedenfalls ein bisschen Jens Siegert, Moskau	2
■ DOKUMENTATION	
Erklärung der Gesellschaft »Memorial« zur Entscheidung des Stadtgerichts St. Petersburg	5
■ ANALYSE	
Landwirtschaft und ländlicher Raum – Der lange Weg von der Privatisierung zum Markt Peter Lindner und Evelyn Moser, Frankfurt am Main	6
■ ANALYSE	
Das Lebensmittelproblem der russischen Landwirtschaft Stephen K. Wegren, Dallas	10
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Statistiken zur russischen Landwirtschaft	13
■ ANALYSE	
Das Nationale Projekt »Entwicklung der Landwirtschaft« 2006–2007 Swetlana Barsukowa, Moskau	21
■ LESEHINWEIS	
Rundbrief zur Agrar- und Ernährungswirtschaft der Russischen Föderation	25
■ CHRONIK	
Vom 12. bis zum 26. Februar 2009	27



Kommentar

Medwedew will nicht mehr Putin sein – jedenfalls ein bisschen

Jens Siegert, Moskau

Fast ein Jahr lang hing der präsidentiale »Rat zur Mitwirkung an der Entwicklung der Institute von Zivilgesellschaft und Menschenrechten« in der Luft. Nach Wladimir Putins Wechsel vom Kreml in den Regierungssitz Weißes Haus fehlte ihm die rechtliche Grundlage. Nachfolger Dmitrij Medwedew entschied lange nicht, ihn erneut zu berufen. Nun gibt es ihn wieder. Oppositioneller als zuvor. Und Wladimir Lukin, ehemals stellvertretender Vorsitzender der liberalen Jabloko-Partei, wurde auf Vorschlag Medwedews als Menschenrechtsbeauftragter für fünf weitere Jahre von der Staatsduma in seinem Amt bestätigt. Tauwetter unter Medwedew, zweite Auflage? Noch im Herbst hatte der stellvertretende Leiter der Kremladministration Wladislaw Surkow die erste Hoffnungsrunde auf einen liberaleren Kurs unter dem neuen Präsidenten mit den Worten beerdigt, »solch ein Gematsche« werde es nicht geben. Doch das war im Herbst, politisch ein anderes Zeitalter.

Der Pamfilowa-Rat

Der Rat mit dem unmerklichen Namen (selbst der russisch-zivilgesellschaftlich erfahrene Autor muss jedes mal auf der Kreml-Website nachschauen, um nicht einen Teil zu vergessen oder zu verwechseln, meist wird der Rat einfach nach seiner Vorsitzenden Ella Pamfilowa benannt), war schon unter Putin eine der letzten Institutionen, in der oppositionelle NGO-Vertreter saßen. Politisch korrekt wäre es, sie »kritisch« oder »liberal« zu nennen. Im Jargon der Polittechnologien heißen sie »unkonstruktiv«. Entstanden aus der nach dem ersten Bürgerforum (Herbst 2001) eingerichteten »Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten« ist der Pamfilowa-Rat das, was in Russland heute ein »Kommunikationskanal« genannt wird. Der Rat war in der späten Putin-Präsidentschaft einer von wenigen übrig gebliebenen formalisierten Wegen, Informationen von unten nach oben, vom »Volk« zur »Macht« zu transportieren. Parteien, Parlamente, Medien, alle institutionellen »Checks and Balances« wurden nach und nach in das korporierte System der gelenkten Demokratie eingebaut. Das Putin-Medwedew-Regime leidet an einer alle autoritären politischen Systeme befallenden Mangelkrankheit: Es gelangen kaum noch ungefilterte, also ein möglichst reales Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen zeichnende Informationen in die politische Führungsebene. Der Pamfilowa-Rat ist ein Instrument, dieses Informationsdefizit zu kompensieren.

Auch in der zweiten Amtsperiode Putins, die vor allem durch den Abbau von demokratischen Beteiligungsrechten gekennzeichnet war, konnte die NGO-Community also via Pamfilowa-Rat denen (besser wohl: dem) da oben ab und an Botschaften zukommen lassen. Diesen »direkten« Kanal in die oberste Entschei-

dungsebene konnten die Mitglieder immer wieder zum Schutz einzelner Menschen oder Organisationen vor der Willkür untergeordneter Behörden oder des Sicherheitsapparates nutzen. Anfängliche zaghafte Versuche, über den Pamfilowa-Rat politische Entscheidungen zu beeinflussen, ihn also in eine Art Ersatzparlament zu verwandeln, scheiterten allerdings bis auf eine Ausnahme: Im Herbst 2005 konnte eine Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes teilweise rückgängig gemacht werden. Doch das war nur ein halber Erfolg. Eine gleichzeitig angestrebte Korrektur der Reform des Ausländergesetzes misslang. Der Grund ist einfach: Mit einem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz war kurze Zeit zuvor auch die Einbürgerung von ethnischen Russen aus anderen ehemaligen Sowjetrepublik fast unmöglich geworden. Das passte nicht ins politische Konzept des Kreml und wurde folglich schnell korrigiert. Die schärfere Kontrolle von Ausländern war aber durchaus gewollt und wurde nicht zurückgenommen. Dass der Fehler im Staatsbürgerschaftsgesetz aber erst durch massive Intervention des Pamfilowa-Rates auffiel, zeigt die schon zu jenem Zeitpunkt große Verschlossenheit des politischen Systems.

Der Kommunikationskanal Pamfilowa-Rat war also seit Mai vorigen Jahres zu. Es gab zwar Verhandlungen nach Medwedews Inauguration, aber die Neubildung des Rats hatte keinen Vorrang. Nach dem Wechsel im Kreml musste sich die Machtelite erst neu sortieren. Dann kam der Georgienkrieg und stellte alle als liberal verstehbaren Signale auf Halt. Die patriotische Kriegseuphorie wurde von der ab dem Spätherbst langsam einsickernden Erkenntnis abgelöst, dass die Wirtschaftskrise Russland noch stärker als andere Länder trifft. Noch bis Ende November war die Krise in den Äußerungen von Putin und Medwedew vor allem eine

Krise der USA und des Westens oder besser eine Krise »ausgelöst durch die USA«. Russland versuchte sich zu distanzieren. Seit Jahresanfang stehen die Zeichen mehr auf Kooperation. Anscheinend hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, die Krise besser in Zusammenarbeit mit dem Westen überstehen zu können.

Wiederbelebung unter Medwedew

Nun also neu. Bei Putin saßen sechs oder sieben unabhängige NGO-Vertreter im Pamfilowa-Rat. Im Neuen sind es mehr als doppelt so viele. Sie wurden nach langwierigen Konsultationen handverlesen. Wenig Scheu vor öffentlichen und kreml-kritischen Äußerungen scheint geradezu ein Auswahlkriterium gewesen sei. Allein vier Vertreter von Memorial stehen auf der Liste, darunter Swetlana Gannuschkina, allseits anerkannte Expertin für Flüchtlingsfragen, gegen deren Organisation noch im vorigen Jahr der Föderale Sicherheitsdienst (FSB) ermittelte. Hinzu kommen Ida Kuklina von den Soldatenmüttern, Tatjana Morschtschakowa, eine ehemalige Verfassungsrichterin, und sogar Irina Jasina, ehemalige Leiterin der Chodorkowskij-Stiftung »Offenes Russland«.

Fast gleichzeitig mit der Neueinsetzung des Pamfilow-Rats wurde Wladimir Lukin Mitte Februar auf Vorschlag Medwedews wieder Menschenrechtsbeauftragter. Das Amt des Menschenrechtsbeauftragten ist ein Verfassungsamt, mit ungleich stärkerer Stellung als das präsidentiale Beratungsgremium Pamfilowa-Rat. Der Beauftragte verfügt über einen Beamtenapparat von fast 200 Mitarbeitern und kann, ist er einmal gewählt, nicht abgesetzt werden. Ella Pamfilowa hat dagegen kaum mehr als ihr Büro mit Vorzimmer und einen Referenten. Sie selbst arbeitet ehrenamtlich. Außerdem braucht der Präsident nur sein Dekret zu widerrufen, um sie ab- und den Rat aufzulösen. Wladimir Lukin war im Frühjahr 2004 vom damaligen Präsidenten Wladimir Putin sozusagen als Trostpflaster zum Menschenrechtsbeauftragten gemacht worden. Kurz zuvor waren die beiden liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) bei den Dumawahlen an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Es gibt Hinweise darauf, dass das Scheitern von Jabloko vom Kreml nicht vorgesehen war. Lukins Wahl diente als kleine Entschuldigung und als Versicherung, die Liberalen nicht völlig außen vor zu lassen.

Warum nun wurde der Pamfilowa-Rat gerade jetzt wiederbelebt? Warum wurde der vor allem bei den sogenannten Silowiki, den Polizei, Geheimdienst- und Justizorganen, nicht sonderlich beliebte Lukin erneut zum Menschenrechtsbeauftragten gemacht? Zwei Botschaf-

ten dürfte Medwedew dadurch in die russische, aber auch in die westliche Welt ausgesandt haben. Zum einen möchte uns Medwedew wohl sagen: Schaut her, ich bin doch (trotz des Georgienkriegs!) liberal. Zumindest liberaler als ihr alle gedacht habt. Denn wer von so viel versammeltem Widerspruch Rat erbittet und einen Liberalen erneut zum Menschenrechtsbeauftragten macht, kann derart verstockt ja nicht sein. Dies ist eine mehr nach außen gerichtete Botschaft.

Das andere Signal, viel vorsichtiger und mehr nach innen, heißt: Ich bin nicht (mehr) Putin. Oder noch vorsichtiger: Ich könnte irgendwann einmal, wenn es passt, vielleicht nicht mehr Putin sein. Das erste Signal ist nicht neu, sondern nur erneuert. Schon vor dem Georgienkrieg funkte Medwedew vielerlei Hoffnungs- und Friedenszeichen Richtung liberaler Opposition. Bereits Putin hat sich so immer wieder Luft verschafft, um dann bei nächster Gelegenheit die Schrauben doch wieder fester anzuziehen. Das zweite Signal ist neu, weil Vorgänger Putin keinen machtvollen Putin im Rücken hatte. Es hat etwas mit der immer schärfer werdenden Wirtschaftskrise zu tun, die sich zu einer Legitimitäts- und Machtkrise des politischen Regimes auswachsen kann. Jedenfalls wird das im Kreml als politische Bedrohung ernst genommen. Medwedew hat in den vergangenen Wochen mehrfach die Regierung wegen ihres »unprofessionellen« Handelns in der Krise kritisiert, allerdings ohne Regierungschef Putin beim Namen zu nennen. So undurchsichtig das Machtgefüge in der obersten Etage in Russland ist, darf durchaus angenommen werden, dass die Akteure auf sich ändernde Bedingungen reagieren. Erstmals seit dem Herbst fällt das Rating sowohl von Medwedew als auch von Putin.

Der Politkowskaja-Prozess

Ein drittes Ereignis der vergangenen zwei Wochen, der Freispruch der drei Angeklagten im Prozess um den Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja durch eine Geschworenengjury, hat weniger mit liberalen oder anderen Signalen als mit dem katastrophalen Zustand der russischen Verwaltungen und des Justizsystems zu tun. Die Freisprüche wurden auch von den Angehörigen der Ermordeten und ihren Anwälten begrüßt. Das geschah kaum aus Sympathie mit den Angeklagten, als vielmehr aus der Überzeugung, dass gerade sie nicht die Mörder waren. Überhaupt wurde den drei Männern nur »Mithilfe« zur Last gelegt. Sie sollen die Journalistin nach Meinung der Staatsanwaltschaft ausgespäht haben. Der mutmaßliche Vollstrecker ist flüchtig, die Hintermänner unbekannt. Ein Desaster also für die Strafverfolger. Das ist schlecht. Aus drei Gründen.

Erstens, weil zweieinhalb Jahre nach dem Mord an Anna Politkowskaja die Mörder immer noch nicht gefasst sind, geschweige denn ein Urteil gesprochen wurde. Die Versprechen der politischen Führung, nun endlich bei diesem offensichtlichen Auftragsmord die Mörder zu finden und vor Gericht zu stellen, haben sich erneut als leer erwiesen. Das hat nicht nur etwas mit fehlendem politischem Willen zu tun. Gerade in diesem Fall mag man Putin sogar seinen Zynismus abnehmen, wenn er eine staatliche Beteiligung am Mord an Anna Politkowskaja mit dem Hinweis zurückweist, der Imageschaden für Russland sei größer als der Ärger den die mutige Journalistin dem Kreml bereitet habe. Niemand kann gegenwärtig mit Sicherheit sagen, wer nun tatsächlich Auftraggeber des Mordes war, ob die Spur nach Tschetschenien, in den Kreml oder gar, auch das ist in der russischen Presse diskutiert worden, zu Boris Beresowskij nach London führt. Der Ausgang des Prozesses ist aber unabhängig davon ein weiteres Beispiel für den jämmerlichen Zustand der russischen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, die hochgradig korrupt sind und durchzogen von politischen und kriminellen (oft auch politisch-kriminellen) Seilschaften.

Zweitens ist das schlecht, weil eines der am wenigsten korruptierten Institute der russischen Justiz, das Geschworenengericht, weiter an Bedeutung verlieren wird. Die in den 1990er Jahren eingeführten Geschworenengerichte haben sich als die gerechtesten russischen Gerichte erwiesen, gerade weil sie nicht aus professionellen Juristen bestehen. Sie sind nicht in das allgegenwärtige System von Geben und Nehmen eingebunden. Es ist für die Staatsanwaltschaft, den FSB oder

die Administrative weit schwieriger, auf sie Druck auszuüben. Geschworene schauen mehr auf die Beweise und weniger auf die staatlich bestellten Beweiser. Das zeigen auch einfache Zahlen: Während Profirichter in ihren Urteilen in mehr als 99 % der Fälle den Anträgen der Staatsanwaltschaft folgen (das entspricht den Zahlen aus Sowjetzeiten), widersprechen Geschworenengerichte den Anklägern in fast 15 % der Fälle. Das missfällt insbesondere den Kämpfern für die Staatssicherheit. Aus diesem Grund wurden einige Verbrechen, wie zum Beispiel Terrorismus, den Geschworenengerichten bereits entzogen. Auch die Staatsanwaltschaft ist unzufrieden. Kritische Richter zwingen zu harter Arbeit. Das ist beschwerlich und widrig, vor allem, wenn Urteile aufgrund politischer oder wirtschaftlicher Interessen »notwendig« sind. Als Folge des Freispruchs im Fall Politkowskaja besteht die große Gefahr, dass die Kompetenzen von Geschworenengerichten noch weiter eingeschränkt werden.

Drittens ist das Desaster der Staatsanwaltschaft schlecht, weil sie schon jetzt zu mächtig ist. Neben dem Kreml und der Regierung ist die Staatsanwaltschaft inzwischen die dritte wirklich wichtige Macht in Russland, einflussreicher als der FSB oder die Armee (über Parlamente, Parteien oder sogenannte Oligarchen braucht man in diesem Zusammenhang kein Wort zu verlieren). Sie wird diese Niederlage nicht einfach so hinnehmen, sondern versuchen, ihre Macht weiter auszuweiten. Der Rechtsnihilismus, den Präsident Medwedew bisweilen wortreich beklagt, geht weniger vom Volk als vom Staat aus.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er zehn Jahre in Moskau als Korrespondent für deutschsprachige Printmedien und Radiosender.

Lesetipps

Mitgliederliste des Pamfilowa-Rates (auf russisch) <http://www.kremlin.ru/articles/212791.shtml>

Dokumentation

Erklärung der Gesellschaft »Memorial« zur Entscheidung des Stadtgerichts St. Petersburg

Zur Vorgeschichte: Am 4. Dezember 2008 waren auf Befehl der Staatsanwaltschaft St. Petersburg die Büroräume des Wissenschafts- und Informationszentrums »Memorial« St. Petersburg durchsucht und Datenträger mit Unterlagen zur Geschichte des Terrors der Stalinzeit beschlagnahmt worden. Am 20. Januar 2009 hatte das Dershinskij-Rajonggericht im Sinne von »Memorial« entschieden, worauf die Staatsanwaltschaft beim Stadtgericht St. Petersburg gegen die Entscheidung des Rajongerichtes Einspruch erhoben hatte. – Die Red.

Am 24. Februar gab das Stadtgericht St. Petersburg dem Einspruch der Staatsanwaltschaft St. Petersburg gegen die Entscheidung des Dershinskij-Rajongerichts vom 20. Januar statt. Das Rajonggericht hatte die Durchsuchung der Büroräume des Wissenschafts- und Informationszentrums »Memorial« St. Petersburg vom 4. Dezember 2008 für illegal erklärt und angeordnet, dass die Staatsanwaltschaft die beschlagnahmten Materialien an »Memorial« St. Petersburg zurückgeben müsse.

Das Stadtgericht hat [die für »Memorial« positive Entscheidung des Dershinskij-Rajongerichts vom 20. Januar] aufgehoben, da in der ersten Instanz die Vollmachten zur Vertretung von »Memorial« des bei der Durchsuchung anwesenden Rechtsanwalts [Josif] Gabunija, nicht ausreichend geklärt worden waren. Der Fall wurde zur erneuten Verhandlung an dasselbe Gericht verwiesen, das ihn in neuer Zusammensetzung anhören wird. Ein erneutes Verhandlungsdatum ist noch nicht bestimmt worden.

Damit ist der vorherige Beschluss des Gerichts, dass die beschlagnahmten Materialien an den gesetzlichen Eigentümer zurückzugeben sein, annulliert worden. Die Computer-Festplatten mit den Ergebnissen der zwanzigjährigen Arbeit des Wissenschafts- und Informationszentrums »Memorial« St. Petersburg (einzigartige Datenbanken zur Geschichte des stalinistischen Terrors) verbleiben nach wie vor bei der Staatsanwaltschaft. Dadurch werden Forschung und aufklärerische Arbeit des Zentrums in St. Petersburg einschneidend behindert.

Heute hatte das Stadtgericht St. Petersburg die Möglichkeit, einen Schlussstrich unter die skandalöse und absurde »Affäre der Durchsuchung des Wissenschafts- und Informationszentrums »Memorial« zu setzen. Diese Möglichkeit hat das Gericht nicht genutzt. Seine Entscheidung führt nur dazu, dass der Skandal, der schon ein internationales Echo hervorgerufen hat, in die Länge gezogen wird und sich ausweitet.

»Memorial« erklärt ihrerseits, dass die Gesellschaft unter den gegebenen Umständen keinen anderen Ausweg sieht, als seine Rechte, seinen geschäftlichen Ruf und seinen guten Namen konsequent und in vollem Umfang mit allen uns zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln zu schützen.

Wir werden die russische und internationale wissenschaftliche Öffentlichkeit regelmäßig über unsere weiteren Aktivitäten informieren.

»Memorial« International:

Arsenij Roginski, Vorstandsvorsitzender

Wissenschafts- und Informationszentrum »Memorial« St. Petersburg:

Irina Flige, Direktorin

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Analyse

Landwirtschaft und ländlicher Raum – Der lange Weg von der Privatisierung zum Markt

Peter Lindner und Evelyn Moser, Frankfurt am Main

Zusammenfassung

Der Enttäuschung über die ausbleibende Entwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen im ländlichen Raum liegt häufig ein doppeltes Missverständnis zu Grunde: Erstens wird Privatisierung primär als die formale Schaffung individualisierter Eigentumsrechte und nicht als Etablierung neuer sozialer Praktiken verstanden. Zweitens erscheint »Markt« als die natürliche Folge dieser Eigentumsrechte und nicht als das Ergebnis wesentlich komplexerer Veränderungen, für die Privateigentum nur ein Faktor unter vielen ist. Die Neuaushandlung des Verhältnisses zwischen privatisierten Großbetrieben, der Gemeindeverwaltung und den Haushalten im ländlichen Raum im Rahmen der Einführung einer lokalen Selbstverwaltung 2006–2009 stellt aus dieser Perspektive nur die jüngste Phase eines lang andauernden *Marketization*-Prozesses dar.

Vom Kolchos zum Familienbetrieb?

17 Jahre Privatisierung – setzt man Präsident Jelzins Regierungserlass Nr. 86 vom 29. Dezember 1991 als Anfangspunkt einer Entwicklung, die selbstverständlich Vorläufer hat – legen die Vermutung nahe, dass der Begriff *Kolchos* in der russischen Alltagssprache nur mehr auf Vergangenes verweist oder bereits völlig verschwunden ist. Doch davon kann nicht die Rede sein. Zwar ist heute das neutrale *predprijatie* – »Unternehmen«/»Betrieb« – häufiger zu hören als noch vor zehn Jahren, doch durchgesetzt hat sich ein neuer Sprachgebrauch noch längst nicht. Ist diese Persistenz lediglich ein Zeichen für die Widerständigkeit einer Sprache, die mit den rasanten sozialen und ökonomischen Umbrüchen nicht mithalten konnte? Oder drückt sich darin die Tatsache aus, dass die Privatisierung im ländlichen Raum noch immer keine Veränderungen hinterlassen hat, die als so tief greifend empfunden werden, dass sie zu einem terminologischen Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit geführt hätten?

Darüber, dass die erste umfassende Privatisierungswelle unter Boris Jelzin, in der eine Umwandlung der *Kolchose* und *Sowchose* bis zum 1. Januar 1993 ultimativ angeordnet wurde, ein Misserfolg war, besteht heute weithin Konsens. Dieser Bewertung liegt meist die Gegenüberstellung von zwei Betriebsformen – großen Kollektivbetrieben und kleinbäuerlichen Familienbetrieben – zu Grunde, verbunden mit der Erwartung, dass die Schaffung individualisierter Eigentumsrechte an Boden und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln erstere automatisch zum Verschwinden bringen würde. Die ehemaligen Kolchosarbeiter sollten sich die ihnen zustehenden Flächen in natura ausweisen und landwirtschaftliche Gerätschaften übergeben lassen, um in

Zukunft in effizienzsteigernder Konkurrenz zu ihren ehemaligen Arbeitskollegen zu produzieren. Privatisierung wurde damals als ein einmaliger Eingriff verstanden, der die Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen von selbst nach sich ziehen würde.

Entwicklungspfade im ländlichen Raum

Erst die Tatsache, dass die meisten der neuen Eigentümer nicht im geringsten daran dachten, sich selbständig zu machen, lenkte den Blick auf die symbiotische Beziehung zwischen den Großbetrieben und den privaten Haushalten mit ihren Nebenerwerbswirtschaften. Anschaulich hat der russische Agrarsoziologe Alexander Nikulin darauf hingewiesen, dass diese wechselseitige Abhängigkeit und nicht modellkonforme Idealtypen wie »kollektiver Großbetrieb« und »selbständiger Familienbetrieb« den Ausgangspunkt aller Überlegungen zur Transformation der *Kolchose* und *Sowchose* bilden müsse. Neben der Aufgabe der landwirtschaftlichen Produktion im Zuge von Wüstungsprozessen einerseits und der Integration in städtische Ökonomien andererseits unterscheidet er folgende vier idealtypische Entwicklungspfade, die in vielen Betrieben gleichzeitig und nicht unabhängig voneinander zu beobachten sind:

- »Verbäuerlichung« (*Fermerisazija*), entweder unmittelbar im Rahmen der Reorganisation oder als Prozess einer schrittweisen Erweiterung der persönlichen Nebenerwerbswirtschaften, die mit einer zunehmenden Unabhängigkeit von den nicht oder nur oberflächlich restrukturierten Großbetrieben verbunden ist.
- »Kooperation« (*Kooperazija*), die z. T. nur in der individuellen Neuaushandlung und Formalisierung der existierenden symbiotischen Beziehungen zwi-

schen Großbetrieb und Nebenerwerbswirtschaften besteht, aber auch in die Gründung von Produktionskooperativen münden kann.

- »Haziendisierung« (*Asjendisazija*) als Akkumulation des Aktienkapitals der reorganisierten Betriebe in den Händen der lokalen Elite, bei der die ehemaligen *Kolchosniks* jetzt als Lohnarbeiter angestellt sind. Aufgrund der auf den ersten Blick oft uneingeschränkt aussehenden Machtfülle der neuen Eigentümer sowie deren patrimonialen Führungsverständnisses wird für diese Entwicklung in der Literatur oft auch der etwas unglückliche Begriff »Feudalisierung« verwendet.
- »Umwandlung in eine Holding« (*Choldingisazija*), entweder in der Form einer Übernahme ganzer Betriebe durch Großinvestoren oder durch interne Aufspaltung in voneinander unabhängige Einheiten (Ackerbau, Milch- und Fleischwirtschaft, Landmaschinenteknik usw.) unter dem Dach eines gemeinsamen Managements.

Mittlerweile hat diese veränderte Herangehensweise auch in der politischen Praxis Spuren hinterlassen: So beschränkt sich beispielsweise die vergleichsweise unkomplizierte Vergabe von Kleinkrediten im Rahmen des nationalen Förderprojekts »Agroindustrieller Komplex« nicht auf privatbäuerliche Betriebe, sondern ermöglicht es auch den Beschäftigten der ehemaligen *Kolchose*, landwirtschaftliche Geräte wie einachsige Balkenmäher für ihre Hoflandwirtschaften zu finanzieren.

Hybrid-Privatisierung

Das – gemessen an ihren eigenen Zielen – Scheitern der Jelzin'schen Reformbemühungen Anfang der 1990er Jahre bedeutet also keinesfalls, dass sich die Betriebsformen und Produktionsweisen im ländlichen Raum nicht geändert haben. »Privatisierung« bildet dafür den Kontext, allerdings nicht im Sinn eines diskreten Eingriffs, der lediglich als Auslöser am Anfang stand, sondern als permanenter, in Wellen verlaufender Prozess, der im ländlichen Russland bis heute anhält. Immer wieder änderte sich die Qualität des im Lauf des Jahres 1992 zugewiesenen Eigentums, indem neue Regelungen erlassen, alte modifiziert oder bestehende mit wechselnder Verbindlichkeit durchgesetzt wurden. Landparzellen existierten zunächst nur auf dem Papier, später wurden sie in natura ausgewiesen aber nicht selten auch wieder umverteilt und damit schwankte der potenzielle Wert verbrieftes Eigentumstitel beträchtlich. Flächenobergrenzen änderten sich, Überschreitungen wurden mal geduldet und dann wieder bestraft. Die Möglich-

keiten, Land zu kaufen und zu verkaufen – eines der zentralen Bestimmungsmerkmale der Qualität privaten Eigentums – variierten von Region zu Region und im Lauf der Jahre bis zur Unterzeichnung eines Bodengesetzbuches im Oktober 2001, das dann erneut die Rahmenbedingungen für Umgang mit Privateigentum an Agrarland verschob, durch das Gesetz 101 vom 26. Juni 2002 aber wieder verändert wurde. Nur schrittweise und meist bis heute unvollständig transferierten die Großbetriebe öffentliche Aufgaben (Instandhaltung der Wasser-, Abwasser- und Telefonleitungen, des Gas-, Strom- und des Wegenetzes sowie der Schulen, Kindergärten, dörflichen Ambulanzstationen und Kulturhäuser), für die sie in der Sowjetunion zuständig gewesen waren, an die Gemeindeverwaltungen was sie bis heute zu hybriden Betriebsformen macht, die privatwirtschaftliche ebenso wie staatlich-administrative Elemente in sich vereinen.

Von einer formal-juristischen Position ausgehend ist diese Perspektive auf Privatisierung sicherlich nur begrenzt nachvollziehbar, da trotz aller Veränderungen keine Rekollektivierung erfolgte. Doch damit trifft man weder die Sichtweise der Betroffenen noch die Analyseebene sozialer Praktiken. In den 1990er Jahren waren verbrieftes Eigentumsrechte und wirklich durchsetzbare Verfügungsrechte derart unterschiedliche Dinge, dass man meist auf Unverständnis stieß, wenn man sich für Urkunden und Dokumente interessierte. Um diese Kluft zu überwinden wurde kontinuierlich »nachjustiert«. Eines der eindrucksvollsten Beispiele dafür stellt das in den Jahren 1993 bis 1994 im Gebiet Nishnij Nowgorod durchgeführte Pilotprojekt zur Restrukturierung von *Kolchosen* und *Sowchosen* dar. Hier wurden von den Betriebsleitungen Vollversammlungen einberufen, die trotz bereits stattgefundener Privatisierung für eine erneute Reorganisation des betrieblichen Eigentums in Form von Auktionen votieren sollten. Diese Konzeption fand später Eingang in die nationale Gesetzgebung (Regierungsbeschlüsse 324 vom 15. April 1994 und 874 vom 27. Juli 1994) und wurde in Form eines »Privatisierungshandbuchs« veröffentlicht, das die Leiter von über 25.000 ehemaligen landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben kostenlos erhielten, um ebenfalls über eine Reprivatisierung ihrer bereits privatisierten Betriebe neu nachzudenken. Doch auch noch im Jahr 2008 ging der Prozess der definitiven Abgrenzung privaten Eigentums im ländlichen Raum weiter: Beispielsweise ist der Anschluss privater Haushalte an das Gasnetz mit einer Überprüfung der Besitzurkunden verbunden und nicht selten stellt sich dabei heraus, dass neue Beglaubigungen nötig sind,

damit vermeintliches Eigentum auch wirklich als solches behandelt werden kann.

Auf dem Weg zum Agrarmarkt

Die verfehlte Erwartungshaltung in Bezug auf die Privatisierung der Kollektivbetriebe resultierte jedoch nicht allein daraus, dass die wechselseitige Abhängigkeit von Großbetrieben und Haushalten/Nebenerwerbswirtschaften übersehen wurde (die eigentlich eine symbiotische Dreiecksbeziehung zwischen Haushalten, Kollektivbetrieben und den Gemeindeverwaltungen war). Vielmehr ist sie das Ergebnis eines Transformationsverständnisses, das zwischen Privatisierung einerseits und der Entstehung marktwirtschaftlicher Strukturen andererseits nur unzureichend differenziert und sich unter anderem darin äußert, dass oft die Enttäuschung über die ausbleibende Entwicklung von Märkten gemeint ist, wenn Misserfolge bei der Privatisierung kritisiert werden. Diese Gleichsetzung ist kein Zufall, sondern wurzelt in der Grundannahme, dass Märkte eine Art natürlichen Anfangszustand darstellen. Davon ausgehend muss es ausreichen, die »unnatürliche« zentralplanwirtschaftliche Eigentumsordnung zu revidieren und ansonsten den Entwicklungen ihren Lauf zu lassen. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum im Juli 1993 der damalige Landwirtschaftsminister Viktor Chlystun mit Blick auf die Privatisierung der Kollektivbetriebe euphorisch die Entstehung von 600.000–650.000 privatbäuerlichen Betrieben mit einer Durchschnittsgröße von 75 Hektar entsprechend 20 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche Russlands bis 1995 prophezeit hatte. Ab Mitte der 1990er Jahre wurde die Kritik an diesem Transformationsverständnis immer lauter. »Die Sache mit den Eigentumsrechten richtig hinzukriegen«, schien mehr den drängenden Reformnotwendigkeiten in Osteuropa und der früheren Sowjetunion zu entsprechen ... Aber das tiefere Problem ist, dass »die Sache mit den Eigentumsrechten richtig hinzukriegen« ein zu enges Konzept ist. ... Wichtiger ist es, die Sache mit den Institutionen hinzukriegen, von denen Eigentumsrechte nur ein Teil sind«, stellte beispielsweise Williamson auf der jährlichen Entwicklungskonferenz der Weltbank im Jahr 1994 kritisch fest.

Der Weg von der Privatisierung zum Markt, so lässt sich folgern, ist weit und voller Abzweigungen in unterschiedliche Richtungen; die oben dargestellten vier Entwicklungspfade ehemaliger *Kolchosen* und *Sowchosen*, die völlig unterschiedliche Kombinationen marktförmig und anders geregelter Produktions- und Tauschbeziehungen repräsentieren, sind dafür ein eindrucks-

voller Beleg. Wenn sich jenseits aller Vielfalt derzeit dennoch ein Vordringen des Marktprinzips abzeichnet, so liegt das keineswegs an dessen natürlicher Qualität, sondern daran, dass über die Privatisierung hinaus eine Fülle weiterer Mechanismen auf dessen Durchsetzung hinarbeiten. Der ländliche Raum in Russland bietet somit eines der wohl überzeugendsten Beispiele für die Thesen der *Marketization Studies* in der Tradition des französischen Wissenschafts- und Techniksoziologen Michel Callon. Diese Forschungsrichtung interessiert sich nicht für institutionelle Gefüge, die von einer Wissenschaft mit unabhängigem Beobachterstatus im Hinblick auf ihre ökonomische Effizienz untersucht werden, sondern stellt den Prozess der Übersetzung wissenschaftlicher Marktmodelle in konkrete Marktpraktiken ins Zentrum.

Ländliche Märkte und lokale Selbstverwaltung

Für diese Praxisperspektive auf die Entstehung von Märkten spielt die lokale Präsenz staatlicher Institutionen eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie die nationale Ordnungspolitik. Im ländlichen Russland ist es insbesondere die jüngste Reform der kommunalen Selbstverwaltung durch das Gesetz Nr. 131 »Über die allgemeinen Prinzipien lokaler Selbstverwaltung in der Russischen Föderation« vom 6. Oktober 2003, deren Implikationen für die Marktintegration der ehemaligen Kollektivbetriebe bislang viel zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Das in einem Übergangszeitraum von 2006 bis 2009 zu implementierende Gesetz beinhaltet nämlich nicht nur Regelungen zur Neueinteilung lokaler Verwaltungseinheiten, zum kommunalen Budget sowie zu lokalen Partizipationsformen, sondern sieht auch eine Neudefinition des Zuständigkeitsbereichs der Kommunen vor, die von jetzt an verbindlich für die Bereitstellung bestimmter öffentlicher Güter und Dienstleistungen verantwortlich sind. Der Transfer dieser Aufgaben ist insofern Teil des *Marketization*-Projekts als er neue Trenn- und Verbindungslinien einführt, um marktwirtschaftliche Bereiche klarer abzugrenzen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass eine Übernahme sozialer Verantwortung durch die Großbetriebe ebenso wie deren Beziehung zu den privaten Hoflandwirtschaften marktfreie Räume konserviert und eine effiziente Ressourcenallokation verhindert. Erst die Konzentration der Unternehmen auf ihre »eigentliche« Funktion als Produzenten auf dem Agrarmarkt ebnet nach dieser Lesart dem Marktmechanismus den Weg und führt entweder zu höherer Wirtschaftlichkeit oder aber zum Konkurs unrentab-

ler Betriebe, was beides als Steigerung der Effizienz im Agrarsektor insgesamt gesehen wird.

Doch analog zur Vielfältigkeit von Produktions- und Tauschformen, die der Privatisierungsprozess hervorgebracht hat, wurden auch durch die Einführung einer lokalen Selbstverwaltung zwar gesellschaftliche Bereiche voneinander getrennt, aber gleichzeitig neue Arrangements zu deren Verbindung ins Leben gerufen. Dies betrifft insbesondere die privatbäuerlichen Betriebe sowie Haushalte, deren Nebenerwerbswirtschaften mittlerweile teilweise oder ganz marktorientiert sind. Denn während die ehemaligen *Kolchosen* ihre dominante Funktion für die Erhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum weiterhin überwiegend informell und auf der Grundlage langjährig gewachsener Vertrauensbeziehungen ausüben, ist die Haltung der Kommunen gegenüber den neuen Kleinunternehmern ambivalent – und spiegelt gleichzeitig ein grundlegendes Misstrauen gegenüber »dem Markt« wider. Pri-

vatbäuerlichen Betrieben wird in der Regel ein höheres Maß an Gewinnorientierung unterstellt und eine Wirtschaftsweise vorgeworfen, die sich aus dem lokalen sozialen Kontext gelöst hat. Neue Formen vertraglicher Vereinbarungen und stärker formalisierter Kooperationen – z. B. zur Instandhaltung von Straßen und Schulen oder beim Ausbau der Gasversorgung – zwischen Gemeindeverwaltungen und Privatbauern sind eine Antwort darauf. Als eine wirklich verlässliche Lösung werden sie jedoch kaum angesehen. Denn im Gegensatz zur sozialen Verantwortung der ehemaligen Kollektivbetriebe, die in der Wahrnehmung der lokalen Öffentlichkeit von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen losgelöst ist, führt die Marktorientierung der Kleinunternehmer zu der Erwartung, dass deren Unterstützung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wenn soziales Engagement und rationales Marktkalkül nicht mehr einfach miteinander zu vereinbaren sind, keineswegs gesichert ist.

Über die Autoren

Peter Lindner ist Professor für Allgemeine Wirtschaftsgeographie am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt.

Evelyn Moser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt.

Lesetipps

- Callon, Michel. 1998. Introduction: The Embeddedness of Economic Markets in Economics. In: Callon, Michel (Hg.). *The Laws of the Markets* (=Sociological Review Monographs). Oxford/Malden. S. 1–57.
- Callon, Michel und Koray Caliskan. 2009. *Economization: New Directions in the Social Studies of Markets* (unveröffentlichtes Manuskript). <http://www.pols.boun.edu.tr/faculty.aspx?iid=7#>
- Gelman, Vladimir. 2007. Von der lokalen Selbstverwaltung zur Machtvertikale. *Russlandanalysen* 135. <http://www.laender-analysen.de/russland/>
- Lindner, Peter. 2003. Kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Kolchos-Archipel? Der ländliche Raum in Russland zehn Jahre nach der Privatisierung der Kollektivbetriebe. In: *Geographische Rundschau* 55 (2003, 12). S. 18–24.
- Lindner, Peter. 2008. Der Kolchoz-Archipel im Privatisierungsprozess: Wege und Umwege der russischen Landwirtschaft in die globale Marktgesellschaft. Bielefeld.
- Nikulin, Aleksandr. 2002. *Krupchosy sowremennoj Rossii: Warianty raswitija* [Die »Krupchosen« des heutigen Russland: Entwicklungsvarianten]. In: Schanin, Teodor, Aleksandr Nikulin und Viktor Danilow (Hrsg.): *Refleksivnoje Krestjanowedenie* [Reflexive Forschungen im ländlichen Raum]. Moskau. S. 407–419.
- Williamson, Oliver E. 1995. The Institutions and Governance of Economic Development and Reform. In: *The World Bank* (Hg.). *Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1994*. Washington. S. 171–197.

Analyse

Das Lebensmittelproblem der russischen Landwirtschaft

Stephen K. Wegren, Dallas

Zusammenfassung

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben im russischen Landwirtschaftssystem enorme Veränderungen stattgefunden. Sie betreffen Produktionsformen und -mengen genauso wie den Lebensmittelhandel. Trotz neoliberaler Reformen findet sich Russland in einer Situation wieder, die mit den frühen 1990er Jahren vergleichbar ist: Gestiegene Lebensmittelimporte gehen mit wachsendem Kostenaufwand für die Landwirtschaftsbetriebe und höheren Lebensmittelpreisen für die Verbraucher einher. Das Ergebnis ist die konstant gebliebene Suche Russlands nach »Lebensmittelsicherheit«.

Das russische Lebensmittelproblem

Das russische Lebensmittelproblem besteht heute aus drei miteinander verbundenen Aspekten. Der erste Aspekt des Lebensmittelproblems hat mit branchenspezifischen Unterschieden zu tun, der zweite mit den steigenden Einzelhandelspreisen und das dritte Problem hängt mit der Banken- und Kreditkrise, die auch in Russland angekommen ist, zusammen.

Es stellt sich die Frage, warum Russland Schwierigkeiten hat, seine Bevölkerung zu ernähren. Trotz des Anstiegs der russischen Lebensmittelproduktion seit 2000 erklären Anwälte der »Lebensmittelsicherheit«, Russland sei in gefährlich hohem Maße von importierten Nahrungsmitteln abhängig. Und in der Tat war der Wert der russischen Lebensmittelimporte etwa drei Mal so hoch wie der der Lebensmittelexporte. Unter den G8-Nationen sind nur Russland und Japan Nettolieferanten von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten. Dafür gibt es keinen isolierten Grund; die Unfähigkeit der einheimischen Produzenten, die Nachfrage abzudecken, geht vielmehr auf mehrere Faktoren zurück.

Die Wachstumsraten der einheimischen Lebensmittelproduktion, die sich von ihrem Einbruch in den 1990er Jahren erholten, bleiben immer noch hinter dem Wachstum der Gesamtwirtschaft und den gestiegenen Realeinkommen zurück. Mit anderen Worten kann die einheimische Produktion die aus den höheren Realeinkommen entstandene gestiegene Nachfrage nicht befriedigen. 2007 betrug der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion gerade mal 78 % des Niveaus von 1990. Es gibt jedoch bedeutende branchenspezifische Unterschiede. Der Produktionswert der pflanzlichen Produkte lag 2007 im Vergleich zu 1990 bei 107 %, der Wert der Fleischviehproduktion lag im Vergleich zu 1990 bei weniger als 58 %. 2006 hatte der

Fleischkonsum beinahe das Niveau von 1990 erreicht, die Anzahl der Fleisch- und Milchtiere lag dagegen nur bei 38 % des Niveaus von 1990 und der einheimische Fleischertrag betrug etwa die Hälfte dieses Niveaus. In der ersten Hälfte des Jahres 2008 stieg die Nachfrage nach Fleisch um etwa 5 %, so dass die Politik zur Senkung der Importzölle gezwungen war, um die Nachfrage der Verbraucher zu befriedigen. Die Fleischimporte stiegen an, was die Verbraucher zufrieden stellte; die einheimischen Produzenten riefen dagegen nach mehr Protektionismus.

Hemmnisse in der Agrarproduktion

Warum produzieren die russischen Höfe nicht einfach mehr, wenn die Nachfrage steigt? Ein Grund liegt darin, dass durch die gestiegenen Preise für Benzin, Futter und Dünger ein Missverhältnis zwischen schnell steigenden Produktionskosten und deutlich langsamer steigenden Verkaufspreisen zustande gekommen ist. Dazu kommt, dass viele der großen landwirtschaftlichen Betriebe gerade eine akute finanzielle Bedrohung hinter sich lassen oder hinter sich gelassen haben (etwa 20.000 große Betriebe haben in den letzten vier Jahren Insolvenzverfahren durchlaufen). Weil Russland heute stärker als jemals zuvor in den letzten 60 Jahren in die Weltwirtschaft integriert ist, hat der weltweite Anstieg der Preise von Erdöl und Futtergetreide dem Viehsektor geschadet. Die Höfe in Russland waren vor dem Preisanstieg dieser Waren nicht geschützt und die rasch wachsenden Futter- und Transportkosten wiegen die staatliche Finanzspritze für die Viehwirtschaft auf.

Ein weiterer Faktor, der einer Steigerung der Produktion im Wege steht, ist der Mangel an qualifizierten Arbeitern sowie veraltete landwirtschaftliche Maschinen und Technik. Da das Einkommen von Arbeitern in der Landwirtschaft am unteren Ende der nationalen Einkommensskala liegt, verlieren die großen land-

wirtschaftlichen Betriebe häufig qualifizierte Arbeitskräfte an andere Berufe oder andere Wirtschaftszweige. Außerdem spielen die geringeren Annehmlichkeiten des ländlichen Lebens – niedrige Bildungschancen, weniger kulturelle Möglichkeiten und ein geringerer Wohnstandard auf dem Land – eine Rolle, so dass die Schwierigkeit, hoch qualifizierte Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu gewinnen, leicht nachvollziehbar ist. Es werden also geringer qualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt, was zu sinkender Effizienz und steigenden Produktionskosten führt. Außerdem bleibt die technische Grundausrüstung der Landwirtschaft in Russland schätzungsweise zwei bis drei Generationen hinter der entwickelten Welt zurück: eine Folge jahrelanger Vernachlässigung und fehlender Investitionen.

Die Großhandelspreise

Der zweite Aspekt des gegenwärtigen russischen Lebensmittelproblems hängt mit den steigenden Großhandelspreisen zusammen. Seit Anfang 2008 sind die Großhandelspreise für Lebensmittel deutlich angestiegen – über 11 % in Russland im Vergleich zu 3,1 % in der Europäischen Union. In Russland traf das am stärksten die ärmsten Gesellschaftsschichten, die schon vor dem Anstieg der Lebensmittelpreise mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Lebensmittel ausgaben. Im April 2008 sprach sich Agrarminister Gordejew für ein Lebensmittelsicherheitsgesetz aus, das die Großhandelspreise für einige Nahrungsmittel regulieren und die Subventionen für die Landwirtschaft erhöhen sollte. Im Juni 2008 wurde ein Gesetzesentwurf erstellt, der Lebensmittelmarken für die Ärmsten in Russland vorsah. Da dies jedoch Erinnerungen an die Planwirtschaft wachrief, wurde die Idee regulierter Lebensmittelpreise nicht sehr begrüßt; sie machte jedoch deutlich, wie verletzbar sich Russland durch die unsichere Lebensmittelsituation fühlte.

Die steigenden Großmarktpreise für Lebensmittel spiegeln größtenteils weltweite Trends der Preisentwicklung bei Erdöl und Futtermitteln wie Mais und Getreide wieder. Russland hat jedoch höhere Preissteigerungen erlebt als viele andere europäische Staaten. Warum? Die Lebensmittelinflation ist Teil des allgemeinen Inflationsproblems, dem Russland gegenübersteht. Im Juni 2008 lag die Inflation bei jährlich 15 % (gegenüber 8 % im Jahr 2007). Sie spiegelt eine überhitzte Volkswirtschaft und eine Orgie von Regierungsausgaben infolge hoher Einnahmen aus Rohstoffexporten.

Die Lücke zwischen Nachfrage und Produktion von hochwertigen und teuren Fleischprodukten im Inland hat speziell mit der Landwirtschaft zu tun. Weil Russ-

land einen so großen Teil seiner Fleischversorgung importiert, drücken sich im Großhandelspreis von Fleisch zum einen die höheren Produktionskosten aus, die ausländische Produzenten für Benzin und Transport in Kauf nehmen, und zum anderen die höheren Futterkosten. Zu den steigenden Benzin- und Transportkosten kommt hinzu, dass Russland nach wie vor unter einer mangelhaften Infrastruktur leidet, die den Transport von Lebensmitteln, sind diese einmal produziert, beeinträchtigt. Es ist sowohl schwierig als auch kostenintensiv, Lebensmittel aus Überschuss- in Nachfrage-Regionen zu transportieren. Die steigenden Transportkosten durch die riesigen Weiten Russlands schaffen so einen Mangel an bestimmten Waren. Gegenden mit hoher Nachfrage setzen daher auf Import. Die mangelhafte Infrastruktur steht außerdem der Möglichkeit des Exports überschüssig produzierter Getreidemengen im Weg. Diese Situation verringert wiederum den Gewinn der Exporteure und senkt den Anreiz, die Produktion zu steigern und so möglicherweise den Druck auf die Großhandelspreise von Brot und Teigwaren und auch von Futtergetreide zu senken. Laut einer Schätzung des Präsidenten der russischen Bäcker- und Konditoreninnung führt das Fehlen konkurrierender Großhandelsmärkte in vielen Gegenden zudem zu einem Anstieg der Kosten für Teigwaren um 30 bis 35 %.

Die Folgen der Finanzkrise

Der dritte Aspekt des russischen Lebensmittelproblems hängt mit der jüngsten Krise des Bankwesens und der Kreditmärkte zusammen, die in den USA begann und sich anschließend in anderen Regionen der Welt und auch in Russland verbreitete. Im Zusammenhang mit dem dramatischen Fall des Ölpreises wirft die Finanzkrise mehrere entscheidende Fragen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der russischen Landwirtschaft auf. Angesichts der drastisch sinkenden Staatseinnahmen aus dem Rohstoffexport stellt sich als erstes die Frage, ob die russische Regierung in der Lage sein wird, ihren Kurs beizubehalten und das auf fünf Jahre angelegte und Ende 2007 verlängerte landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm in vollem Ausmaß durchzuführen. Es ist zu früh, um eindeutige Schlüsse ziehen zu können und es hat keine öffentlichen Anzeichen des Rückzugs gegeben.

Hohe Ausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise, vor allem zur Stützung des Rubelkurses, zur Sicherung der Liquidität des Finanzsektors und zur Konjunkturbelebung, werden die Bereitschaft und die Fähigkeit der russischen Regierung, die ursprünglich für die Landwirtschaft vorgesehene Geldmenge

auch tatsächlich auszugeben, womöglich einschränken. Diese war für die Landwirtschaft bis 2012 auf insgesamt über 500 Mrd. Rubel veranschlagt worden. Die russische Landwirtschaft erhält bereits jetzt viel weniger staatliche Unterstützung als die Landwirtschaft der EU-Nationen oder anderer entwickelter Länder. Aus diesem Grund behaupten Unterstützer des Staatsprogramms zur Entwicklung der Landwirtschaft, dass jegliche Kürzung direkte Folgen für die einheimische Produktion haben und die Lebensmittelunsicherheit weiter verschärfen wird.

Eine zweite Frage betrifft die Auswirkungen der Finanzkrise auf Investitionen in die Landwirtschaft. In den letzten Jahren ist das Volumen der Privatinvestitionen erheblich gestiegen. Als Teilbereiche der Landwirtschaft gewinnträchtig wurden, begannen russische Banken, die lebensmittelverarbeitende Industrie und andere Unternehmen sehr aktiv, landwirtschaftliche Nutzflächen und ganze landwirtschaftliche Betriebe anzukaufen. Das mag sich jedoch mit der globalen Finanzkrise und der bevorstehenden weltweiten Rezession ändern. Im Moment der Fertigstellung dieses Artikels waren es vor allem die Oligarchen und weniger die Bevölkerung, die die Auswirkungen der Finanzkrise zu spüren bekamen. Eben jene russischen Oligarchen, ihre Unternehmen und ihre Banken sind in den letzten Jahren aber die wichtigsten einheimischen Investoren im landwirtschaftlichen Sektor gewesen.

Die Verbreitung der Finanzkrise in weiteren europäischen Ländern wirft die Frage nach der Bedeutung der Krise für die ausländischen Investitionen in die russische Landwirtschaft auf. In den vergangenen Jahren sind auch die ausländischen Investitionen in die Landwirtschaft erheblich gestiegen – von 154 Mio. US-Dollar im Jahr 2003 auf 325 Mio. US-Dollar im Jahr 2006. Ob dieser Trend anhält oder nicht wird sich zeigen, auf den ersten Blick erscheint das jedoch zweifelhaft, da die ersten Phasen der Finanzkrise zu Kapitalflucht und einem erheblichen Rückgang der ausländischen Investitionsen in die russische Wirtschaft führten. Warum der landwirtschaftliche Bereich dabei eine Ausnahme bilden sollte, ist schwer ersichtlich.

tionen in die russische Wirtschaft führten. Warum der landwirtschaftliche Bereich dabei eine Ausnahme bilden sollte, ist schwer ersichtlich.

Eine letzte Frage dreht sich um das Ausmaß, in dem die Finanzkrise die Kreditvergabe der staatseigenen Rosselchos-Bank an die Lebensmittelproduzenten beeinträchtigt. Da sich der private Kreditmarkt noch entwickelt und derzeit nicht in der Lage ist, die von den Produzenten benötigte Kreditmenge zu Verfügung zu stellen, ist die Rosselchos-Bank für die landwirtschaftlichen Anleihernehmer die Hauptquelle von staatlichen Krediten und finanzieller Unterstützung gewesen. Wenn die Kreditkrise sich als kurzfristig entpuppt, wird ihr langfristiger Schaden nicht allzu groß sein. Wenn die Kreditkrise aber, wie viele Analysten vermuten, anhält, wird sie sich schwerwiegend auf die russische Landwirtschaft auswirken. Die Produzenten werden womöglich keinen Zugang zu Krediten haben, die sie jedoch benötigen, um die Produktion für den ständigen Bedarf zu finanzieren oder den zukünftigen Bedarf bei der Ausweitung der Produktionskapazitäten abzudecken.

Ausblick

Zumindest in näherer Zukunft ist es unwahrscheinlich, dass sich die Perspektive des russischen Lebensmittelproblems entscheidend verändern wird. Die einheimische Produktion wird dem Bedarf weiterhin hinterherhinken, die Konsumenten werden weiterhin mit steigenden Einzelhandelspreisen konfrontiert sein und Russland wird aller Voraussicht nach weiterhin ein großer Lebensmittelimporteur bleiben. Die Ironie dabei ist, dass sich fast 20 Jahre nach dem Beginn der Marktreform in der Landwirtschaft die ländlichen Gegenden Russlands und die Agrarpolitik fundamental verändert haben, einige der Kernprobleme jedoch weiterhin bestehen.

Übersetzung: Sophie Hellgardt

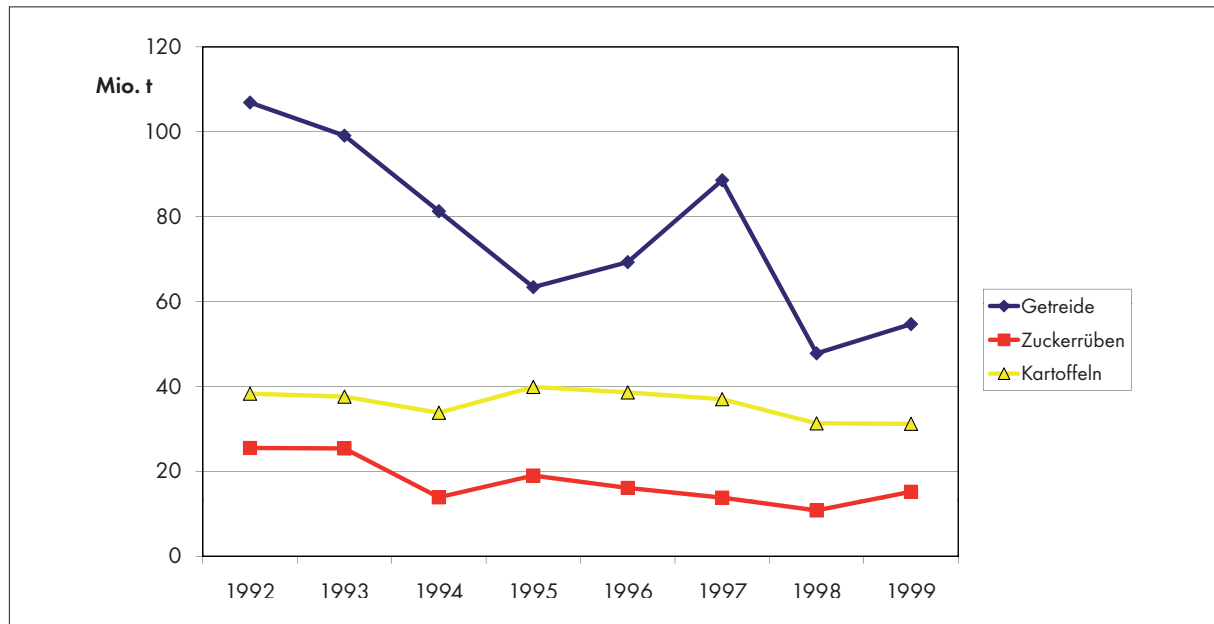
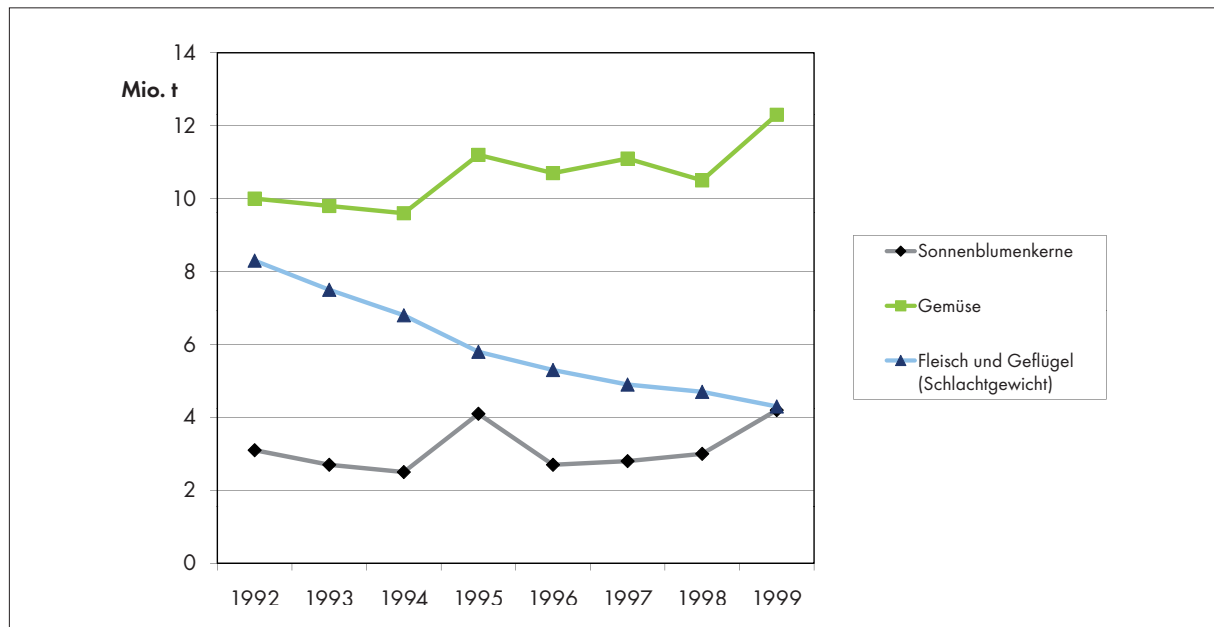
Über den Autor

Stephen K. Wegren ist Professor für Politikwissenschaft an der Southern Methodist University in Dallas, Texas.

Lesetipps

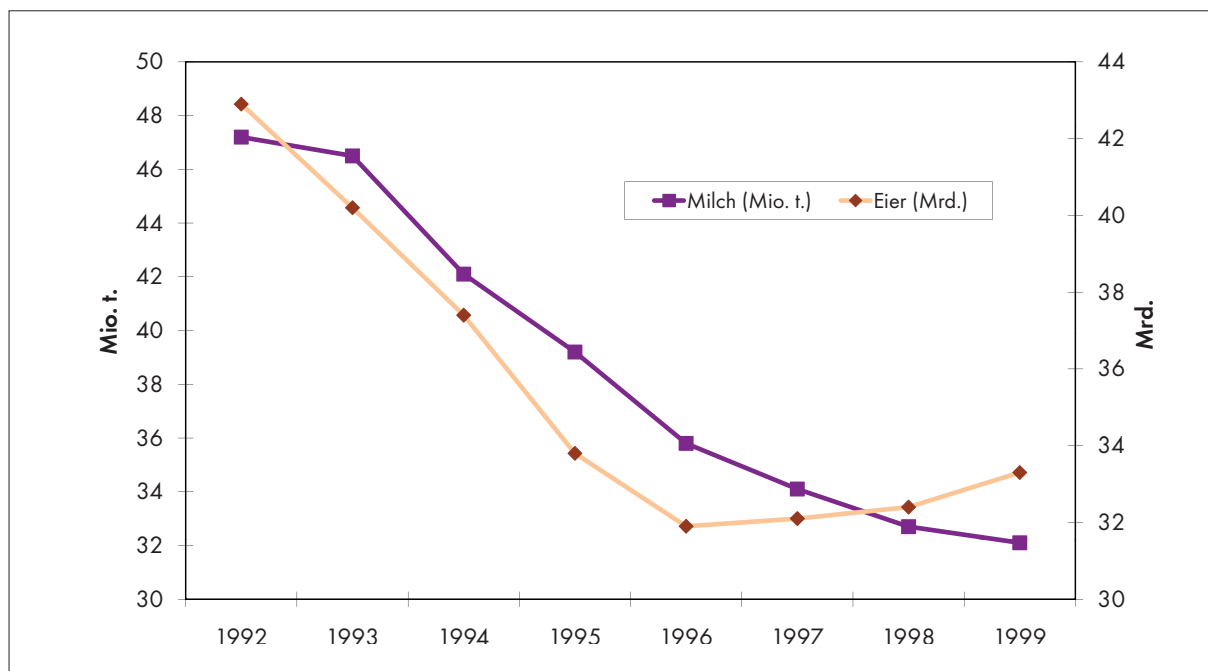
- Wegren, Stephen K., »Russian Agriculture and the WTO«, Problems of Post-Communism, vol. 54, no. 4 (July–August 2007): 46–59.
- Wegren, Stephen K., Russia's Food Policies and Globalization (Lanham, MD: Lexington Books, 2005).

Die Statistiken auf S. 13 bis 20 wurden vom Autor zusammengestellt.

Tabellen und Grafiken zum Text
Statistiken zur russischen Landwirtschaft
Russische Produktion von Getreide, Zuckerrüben und Kartoffeln, 1992–1999 (Mio. t.)

Russische Produktion von Sonnenblumenkernen, Gemüse, Fleisch und Geflügel, 1992–1999 (Mio. t.)


Quellen: Rossiiskij statistitscheskij eshegodnik (Moskau: Goskomstat, 1999), S. 363–71; und »Selskoje chosjaistwo Rossii w 1999 godu (ekonomitscheskii obsor)«, APK: ekonomika, upravlenije, Nr. 4 (April 2000): S. 26–31; Selskoje chosjaistwo w Rossii (Moskau: Goskomstat, 2000), verschiedene Seiten; Agropromyslennyj kompleks Rossii (Moskau: Goskomstat, 2001), S. 61–81 (siehe nächste Seite für eine tabellarische Auflistung der einzelnen Werte).

Russische Produktion von Eiern und Milch, 1992–1999

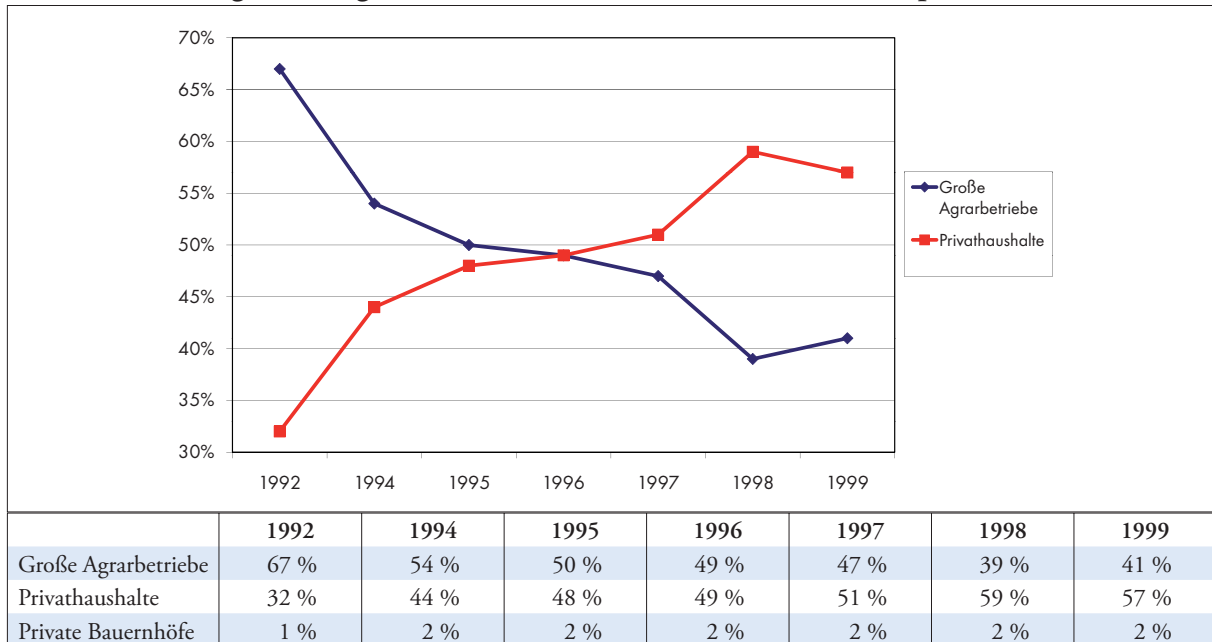


Russische landwirtschaftliche Produktion, 1992–1999 (Alle Kategorien von landwirtschaftlichen Betrieben)

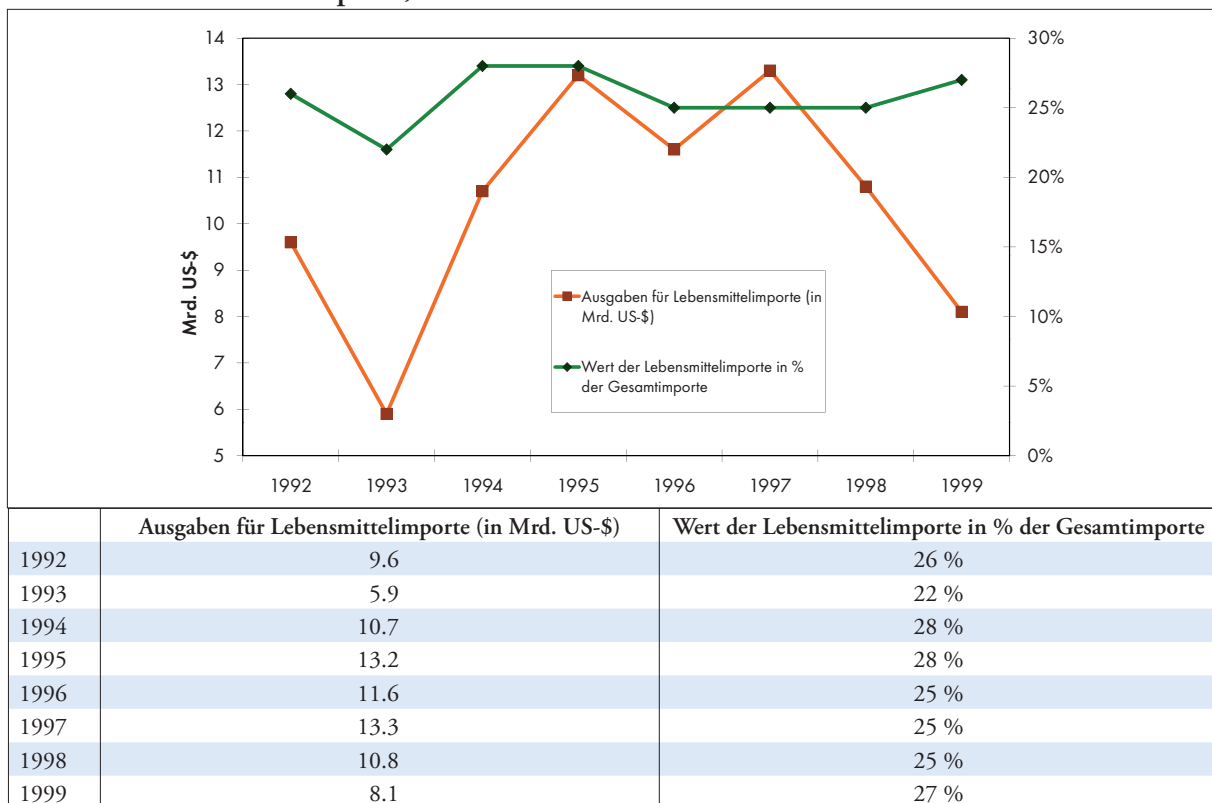
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Getreide (Mio. t.)	106,9	99,1	81,3	63,4	69,3	88,6	47,8	54,7
Zuckerrüben (Mio. t.)	25,5	25,4	13,9	19,0	16,1	13,8	10,8	15,2
Sonnenblumenkerne (Mio. t.)	3,1	2,7	2,5	4,1	2,7	2,8	3,0	4,2
Kartoffeln (Mio. t.)	38,3	37,6	33,8	39,9	38,6	37,0	31,3	31,2
Gemüse (Mio. t.)	10,0	9,8	9,6	11,2	10,7	11,1	10,5	12,3
Fleisch und Geflügel (Mio. t., Schlachtgewicht)	8,3	7,5	6,8	5,8	5,3	4,9	4,7	4,3
Milch (Mio. t.)	47,2	46,5	42,1	39,2	35,8	34,1	32,7	32,1
Eier (Mrd.)	42,9	40,2	37,4	33,8	31,9	32,1	32,4	33,3

Anm.: Alle Zahlen sind gerundet. Getreidemengen nach Säuberung.

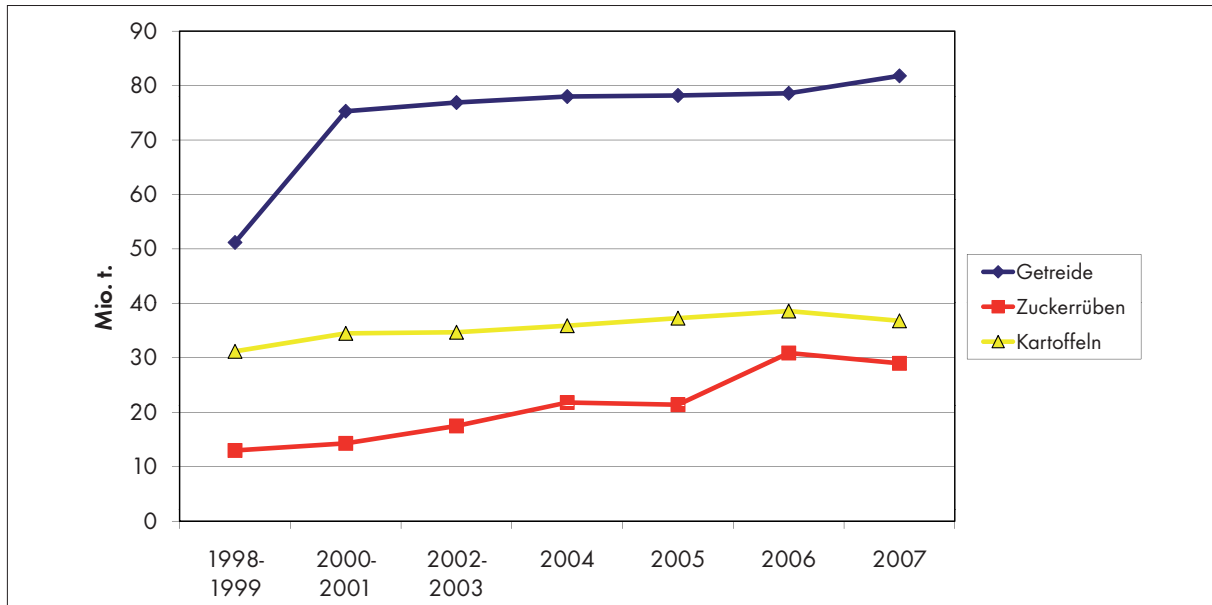
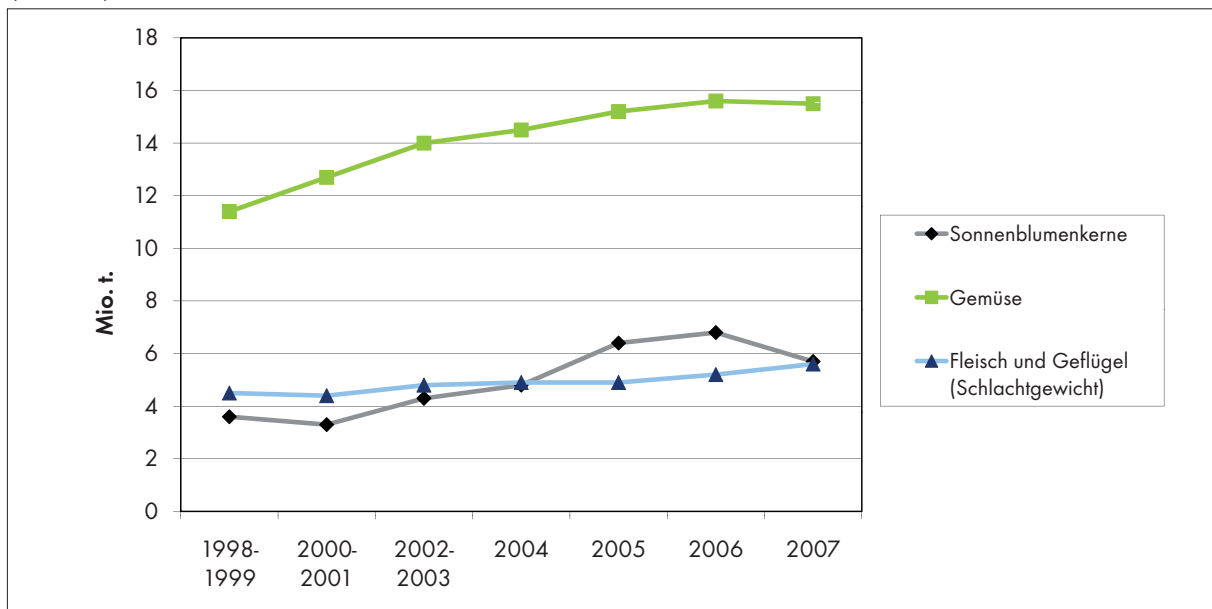
Quellen: Rossiiskij statističeskij eshegodnik (Moskau: Goskomstat, 1999), S. 363–71; und »Selskoje chozjaistwo Rossii w 1999 godu (ekonomičeskij obsor)«, APK: ekonomika, upravlenije, Nr. 4 (April 2000): S. 26–31; Selskoje chozjaistwo w Rossii (Moskau: Goskomstat, 2000), verschiedene Seiten; Agropromyslennyj kompleks Rossii (Moskau: Goskomstat, 2001), S. 61–81.

Lebensmittelerträge nach Agrarbetrieben, 1992–1999 (in % der Gesamtproduktion)


Anm.: Prozentzahlen wurden anhand des Wertes in Rubeln errechnet. Quelle: Rossija w zifrach (Moskau: Goskomstat, 2001), S. 199.

Russische Lebensmittelimporte, 1992–1999


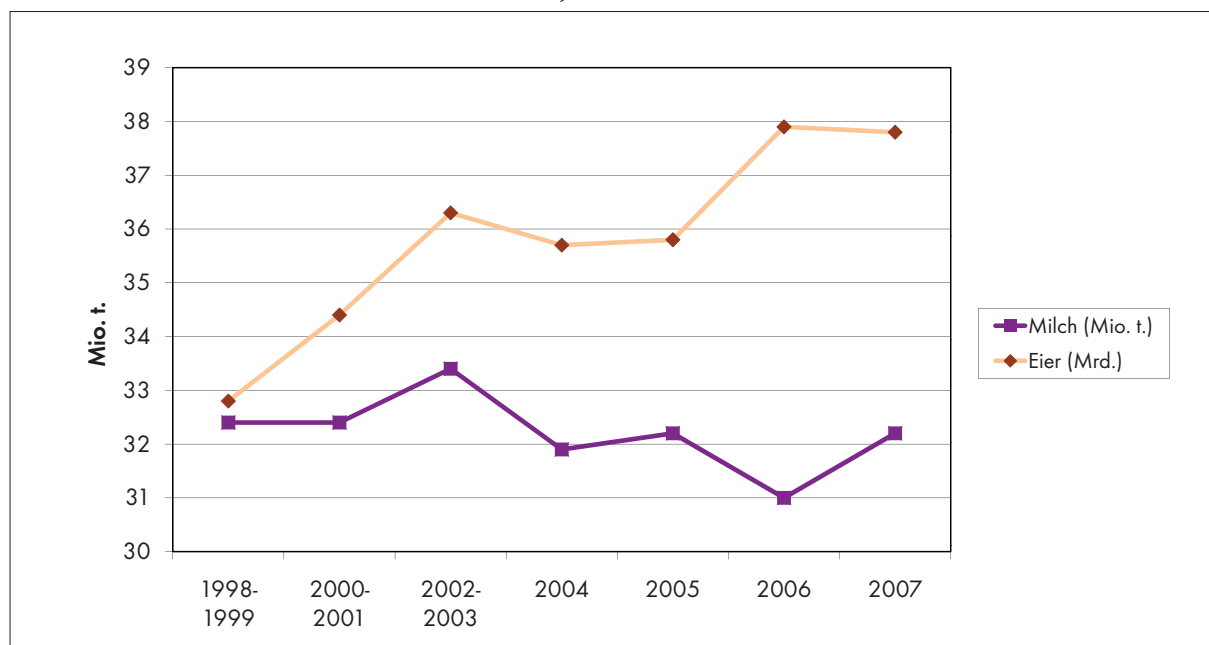
Quelle: Stephen K. Wegren, Russia's Food Policies and Globalization (Lanham, MD: Lexington Books, 2005), S. 133.

Russische Produktion von Getreide, Zuckerrüben und Kartoffeln, 1998–2007 (Mio. t.)

Russische Produktion von Sonnenblumenkernen, Gemüse, Fleisch und Geflügel, 1998–2007 (Mio. t.)


Anm.: Daten für 1998–99, 2000–01, und 2002–03 sind Durchschnittswerte für jeweils zwei Jahre. Getreidemengen nach Säuberung.

Quellen: Rossijskij statističeskij eshegodnik (Moskau: Goskomstat, 1999), S. 363–71; Agropromyslennyj kompleks Rossii (Moskau: Goskomstat, 2001), S. 61–81; Rossija w zifrach (Moskau: Goskomstat, 2004), S. 209–11; www.mcx.ru; www.gks.ru/free; A. I. Manellja, »Selskoje chozjaistwo Rossii w 2006 godu«, Ekonomika sel'skchozjaistwennych i pererabatyvajuščich predprijatij, Nr. 4 (April 2007): S. 59–62; Berechnungen von Stephen Wegren (siehe nächste Seite für eine tabellarische Auflistung der einzelnen Werte).

Russische Produktion von Eiern und Milch, 1998–2007



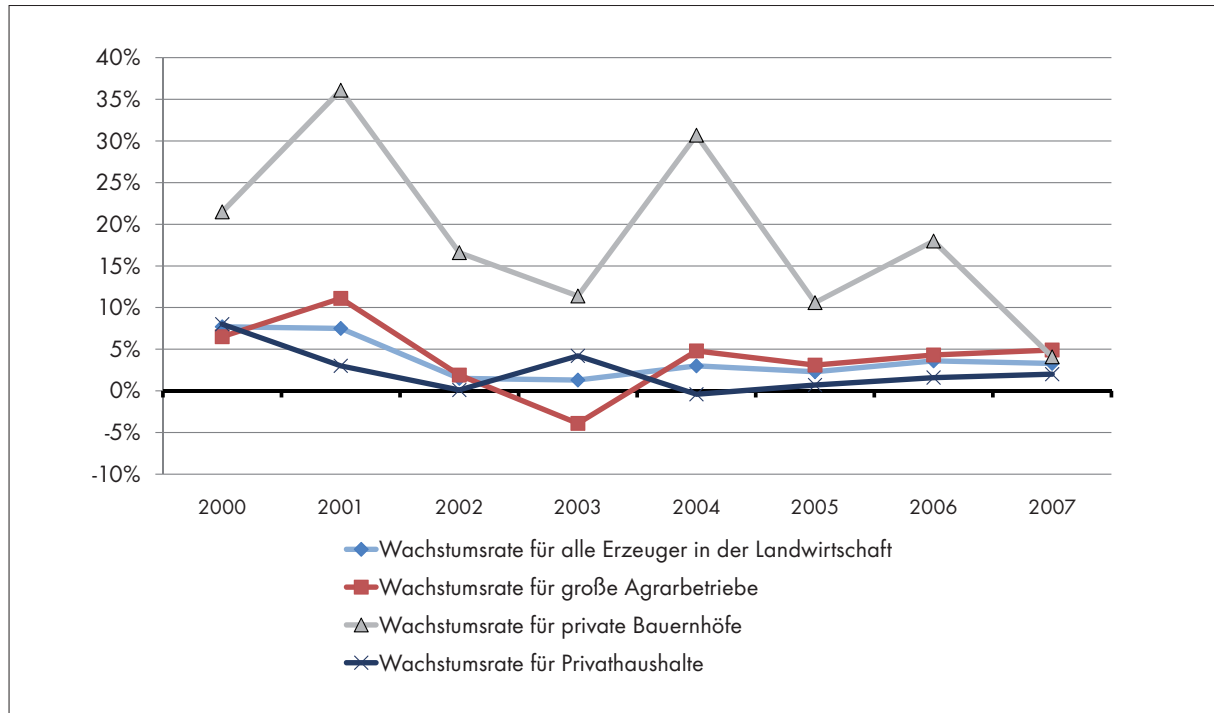
Russische landwirtschaftliche Produktion, 1998–2007 (Alle Kategorien von landwirtschaftlichen Betrieben)

	1998–1999	2000–2001	2002–2003	2004	2005	2006	2007	2007 in % des Durchschnittes von 1998–1999
Getreide (Mio. t.)	51,2	75,3	76,9	78,0	78,2	78,6	81,8	160 %
Zuckerrüben (Mio. t.)	13,0	14,3	17,5	21,8	21,4	30,9	29,0	223 %
Sonnenblumenkerne (Mio. t.)	3,6	3,3	4,3	4,8	6,4	6,8	5,7	158 %
Kartoffeln (Mio. t.)	31,2	34,5	34,7	35,9	37,3	38,6	36,8	118 %
Gemüse (Mio. t.)	11,4	12,7	14,0	14,5	15,2	15,6	15,5	136 %
Fleisch und Geflügel (Mio. t., Schlachtgewicht)	4,5	4,4	4,8	4,9	4,9	5,2	5,6	124 %
Milch (Mio. t.)	32,4	32,4	33,4	31,9	32,2	31,0	32,2	99 %
Eier (Mrd.)	32,8	34,4	36,3	35,7	35,8	37,9	37,8	115 %

Anm.: Daten für 1998–99, 2000–01, und 2002–03 sind Durchschnittswerte für jeweils zwei Jahreare. Getreidemengen nach Säuberung.

Quellen: Rossiiskij statističeskij eshegodnik (Moskau: Goskomstat, 1999), S. 363–71; Agropromyschlenyj kompleks Rossii (Moskau: Goskomstat, 2001), S. 61–81; Rossija w zifrach (Moskau: Goskomstat, 2004), S. 209–11; www.mcx.ru; www.gks.ru/free; A. I. Manellja, »Selskoje chozjaistwo Rossii w 2006 godu«, Ekonomika selskchozjaistwennych i pererabatywajuschich predprijatij, Nr. 4 (April 2007): S. 59–62; Berechnungen von Stephen Wegren.

Wachstumsraten des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion nach Sektoren, 2000–2007 (in %)



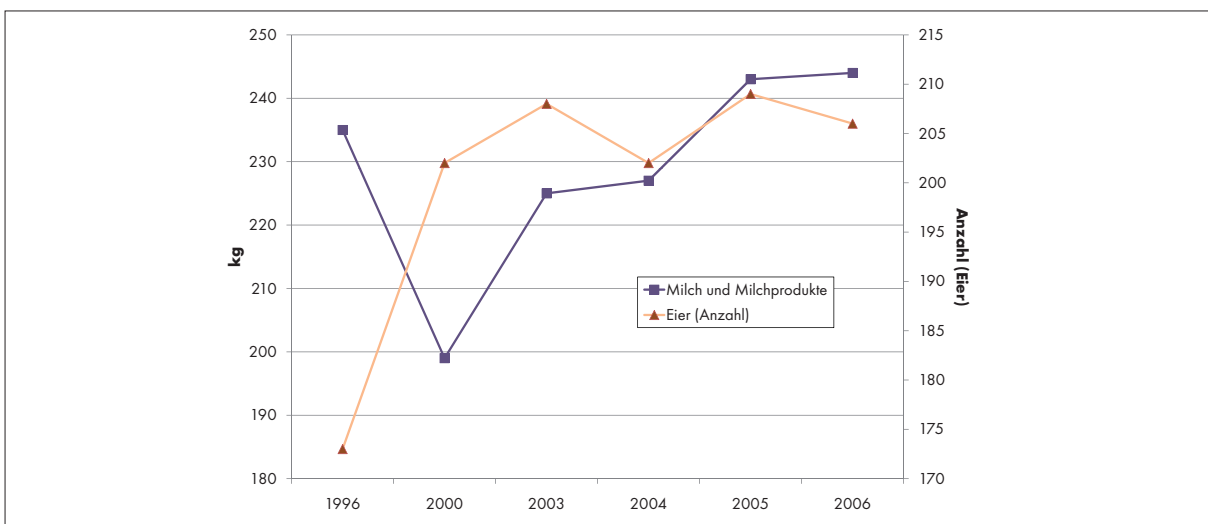
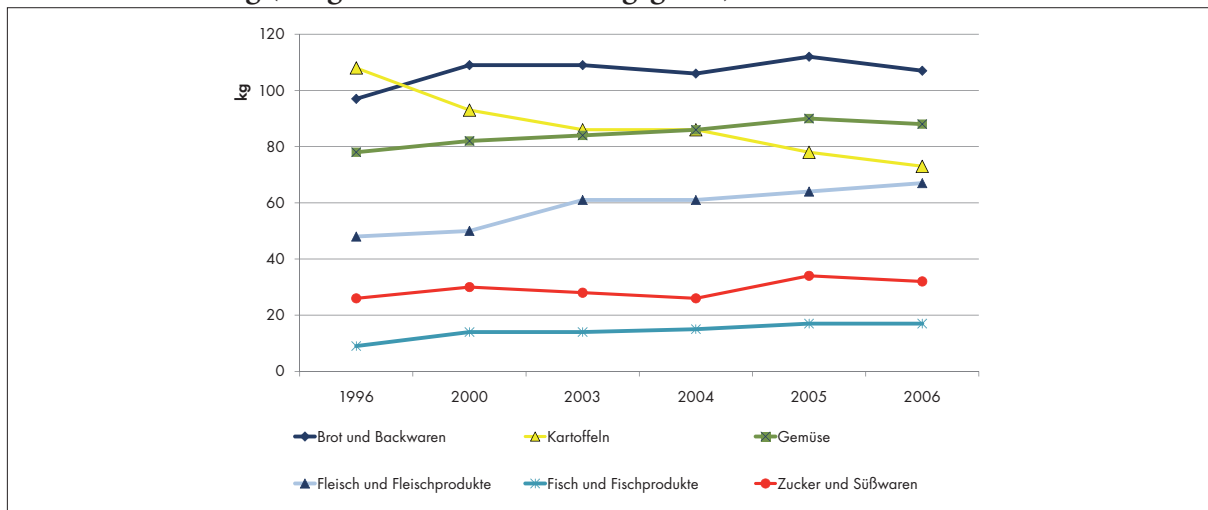
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Wachstumsrate für alle Erzeuger in der Landwirtschaft	7,7 %	7,5 %	1,5 %	1,3 %	3,0 %	2,3 %	3,6 %	3,3 %
Wachstumsrate für große Agrarbetriebe	6,5 %	11,1 %	1,9 %	-3,9 %	4,8 %	3,1 %	4,3 %	4,9 %
Wachstumsrate für private Bauernhöfe	21,5 %	36,1 %	16,6 %	11,4 %	30,7 %	10,6 %	18,0 %	4,1 %
Wachstumsrate für Privathaushalte	8,0 %	3,0 %	0,1 %	4,2 %	-0,4 %	0,7 %	1,6 %	2,0 %

Anm.: Die Werte sind jeweils die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahreswert (Ertrag in Rubel).

Zu den privaten Bauernhöfen werden auch Einpersonenbetriebe gezählt.

Quellen: Rossija w zifrach (Moskau: Rosstat, 2005), S. 211; Rossija w zifrach (Moskau: Rosstat, 2006), S. 223; Agropromschlennyj kompleks Rossii w 2005 godu (Moskau: Rosstat, 2006), S. 46; A. I. Manellja, »Selskoje chosjaistwo Rossii w 2006 godu«, Ekonomika selskochosjaistvennych i pererabatyvajsuschich predprijatij, Nr. 4 (April 2007): S. 59–62; Rossija w zifrach (Moskau: Rosstat, 2007), S. 232; und www.gks.ru.

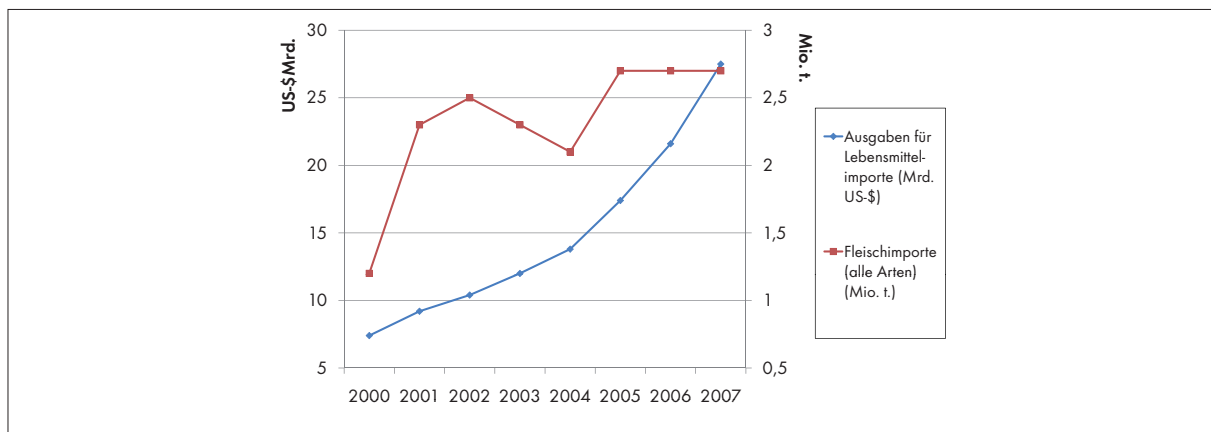
Durchschnittlicher jährlicher Lebensmittelverbrauch, 1996–2006, russische Gesamtbevölkerung (in kg wenn nicht anders angegeben)



Lebensmittelsorte	1996	2000	2003	2004	2005	2006	2006 in % des Verbrauchs von 1996
Brot und Backwaren	97	109	109	106	112	107	110 %
Kartoffeln	108	93	86	86	78	73	68 %
Gemüse	78	82	84	86	90	88	113 %
Fleisch und Fleischprodukte	48	50	61	61	64	67	140 %
Milch und Milchprodukte	235	199	225	227	243	244	104 %
Eier (Anzahl)	173	202	208	202	209	206	119 %
Fisch und Fischprodukte	9	14	14	15	17	17	189 %
Zucker und Süßwaren	26	30	28	26	34	32	123 %

Quelle: Potreblenie produktow pitaniya v domaschnich chozjajstwach w 2006 godu (Moskau: Rosstat, 2007), S. 7.

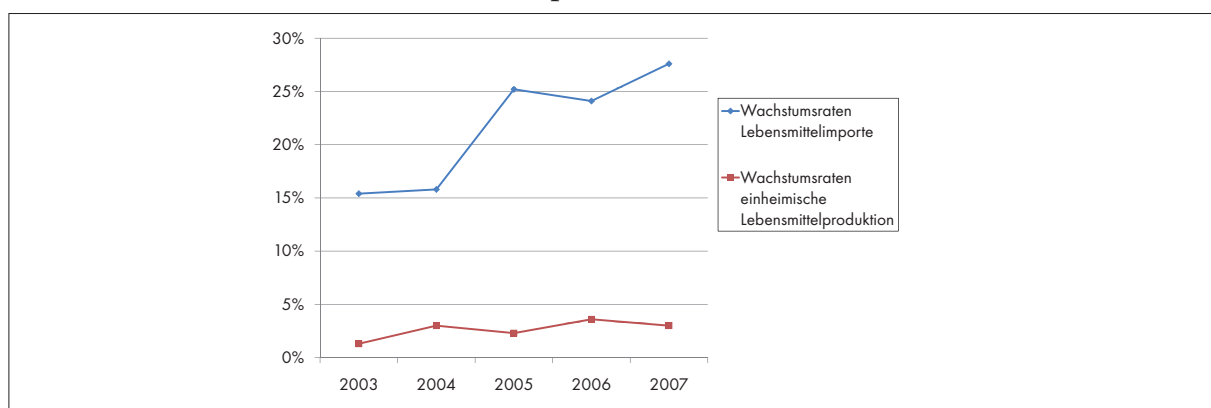
Russische Lebensmittelimporte, 2000–2007



	Ausgaben für Lebensmittelimporte (Mrd. US-\$)	Fleischimporte (alle Arten) (Mio. t.)	Fleischimporte in % der Gesamtversorgung mit Fleisch
2000	7,4	1,2	21 %
2001	9,2	2,3	34 %
2002	10,4	2,5	35 %
2003	12,0	2,3	32 %
2004	13,8	2,1	30 %
2005	17,4	2,7	36 %
2006	21,6	2,7	34 %
2007	27,5	2,7	33 %

Quelle: I. G. Uschtschew, »Nautschnoje obespetschenije gosudarstvennoi programmy raswitija selskogo chosjaistwa i regulirowanija rynkow selskochosjaistwennoi produkcii, syrja i prodovolstwija na 2008–2012 gody«. Ekonomika selskochosjaistwennych i pererabatywajuschschich predpriyatij, Nr. 7 (Juli 2008): S. 2; Berechnungen von Stephen Wegren.

Wachstumsraten russischer Lebensmittelimporte, 2003–2007 (in %)



	2003	2004	2005	2006	2007
Wachstumsraten Lebensmittelimporte	15,4 %	15,8 %	25,2 %	24,1 %	27,6 %
Wachstumsraten einheimische Lebensmittelproduktion	1,3 %	3,0 %	2,3 %	3,6 %	3,0 %

Anm.: Die Werte sind jeweils die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahreswert.

Quelle: »Doklad Presidenta AKKOR Wladimira Nikolajewitscha Plotnikowa na XIX sjesde AKKOR«, Fermerskoje samoupravlenije, Nr. 3-4-5 (2008): S. 3.

Analyse

Das Nationale Projekt »Entwicklung der Landwirtschaft« 2006–2007

Swetlana Barsukowa, Moskau

Zusammenfassung

Russlands Landwirtschaft litt – wie der Rest der Wirtschaft – schwer unter der Transformation der 1990er Jahre. Erst 1998 trat eine gewisse Wende ein. Mit dem Nationalen Projekt »Entwicklung der Landwirtschaft« wurde 2006–2007 ein umfangreiches staatliches Förderprogramm aufgelegt. In diesem Rahmen wurde auch das Verfahren der Kreditvergabe geändert. Die Ergebnisse sind ambivalent und werden von Landwirten und Bevölkerung unterschiedlich eingeschätzt.

Russlands Agrarsektor am Vorabend des Nationalen Projektes

Russland besitzt mit 9 % der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche und 20 % der Süßwasservorräte ein erhebliches landwirtschaftliches Potenzial. Etwas mehr als ein Viertel (27 %) der Bevölkerung Russlands wohnt im ländlichen Raum.

In den 1990er Jahren erlitt die russische Landwirtschaft einen drastischen Produktionseinbruch. Fast alle wichtigen landwirtschaftlichen Kennziffern gingen zurück: die landwirtschaftliche Nutzfläche, der Viehbestand, die landwirtschaftliche Produktionsmittel. Das Jahr 1998 markierte einen Wendepunkt. Der Bruttoproduktionsindex der Landwirtschaft war zwischen 1990 und 1998 um 44 % gefallen, um in den Jahren 1999 bis 2007 wieder um 39 % anzusteigen. Doch das Niveau von 1990 wurde im Pflanzenanbau erst 2004 wieder erreicht. Die Viehproduktion liegt auch heute noch deutlich unter dem Niveau von 1990. Der durchschnittliche Fleischkonsum pro Person ist im Vergleich zu 1990 um ca. 30 % gesunken (von 75 kg auf 55 kg), der Milchverbrauch sogar um 40 %. Vor der Verabschiedung des Nationalen Projektes »Entwicklung der Landwirtschaft« betrug die Abnutzung der Betriebsfonds in der Landwirtschaft 80 %. Die Abschreibung alter Fonds übertraf die Inbetriebnahme neuer um das Doppelte. 56 % der ländlichen Bevölkerung lebten unter der Armutsgrenze und der Durchschnittslohn lag 43 % unter dem Landesdurchschnitt.

Das Nationale Projekt für die Landwirtschaft wurde für den Zeitraum 2006–2007 konzipiert und konzentrierte sich auf drei Bereiche:

- Beschleunigung der Entwicklung der Viehzucht;
- Förderung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe;
- Bereitstellung von Wohnraum für junge Fachkräfte.

Für diese drei Bereiche wurden ursprünglich 35 Mrd. Rubel zur Verfügung gestellt. Als später noch weitere

landwirtschaftliche Bereiche wie Schafzucht, Rentierzucht im Norden, Pferdezucht und Fischerei ins Projekt aufgenommen wurden, stiegen die Fördermittel auf 47 Mrd. Rubel (zum damaligen Wechselkurs ca. 1,4 Mrd. Euro).

Kreditversorgung als zentrales Instrument

Im Nationalen Projekt waren keine direkten staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft vorgesehen. Weder Kredite, noch Maschinen, Zuchtvieh oder Wohnräume erhielt die Landwirtschaft unentgeltlich. Die Projektmaßnahmen wurden durch Kredite finanziert. Deswegen soll die staatliche Kreditversorgung der Landwirtschaft hier kurz vorgestellt werden.

Nach dem Ende der Planwirtschaft bekamen die landwirtschaftlichen Betriebe keine direkte staatliche Finanzierung mehr und mussten zur eigenen Finanzierung Kredite aufnehmen. Die Kreditvergabe wurde jedoch extrem unglücklich gestaltet. Im föderalen Staatshaushalt wurde ein sogenannter Fonds für Vorzugskredite gegründet, aus dem die landwirtschaftlichen Betriebe finanziert werden sollten. Eine private Bank wurde mit der Kreditvergabe beauftragt, die in erheblichem Umfang staatliche Haushaltsmittel erhielt und in Form von Krediten an die landwirtschaftlichen Großbetriebe weitergab. Nebenerwerbswirtschaften konnten keine Kredite bekommen. Die Großbetriebe bekamen ihre Kredite von einer Privatbank, wussten aber, dass die Gelder aus dem Staatshaushalt zugeteilt wurden und die Privatbank dementsprechend nicht übermäßig an Rückzahlungen interessiert war. Im Ergebnis wurde nur die Hälfte aller Kredite zurückgezahlt. Der Fonds für Vorzugskredite wurde im Jahr 2000 aufgelöst.

In diesem Jahr wurde ein neues Kreditsystem für die landwirtschaftlichen Betriebe eingeführt. Jetzt konnten landwirtschaftliche Betriebe bei jeder beliebigen Bank einen Kredit aufnehmen. Bei der Rückzahlung des Kredites übernahm der Staat einen Teil der Zinszahlungen.

Dieses Schema wurde als Grundlage für das Nationale Projekt für die Landwirtschaft genommen. Im Nationalen Projekt hängt der vom Staat übernommene Anteil von der Höhe des Kredites ab. Im Falle großer Kredite mit einer Laufzeit von bis zu 8 Jahren garantierte der Staat einen Zuschuss von 2/3 des Refinanzierungssatzes der russischen Zentralbank. Im Rahmen ihrer eigenen Finanzmittel konnten die regionalen Staatshaushalte noch einmal 1/3 übernehmen. In diesem Fall musste ein landwirtschaftlicher Betrieb von dem von der Bank geforderten Zinssatz von 14 % pro Jahr selber nur 3,5 % übernehmen. Kredite für Kleinbauern, landwirtschaftliche Genossenschaften und Nebenerwerbswirtschaften bezuschusst der föderale Haushalt mit bis zu 95 % des Refinanzierungssatzes der Zentralbank. Die verbliebenen 5 % übernehmen die regionalen Haushalte.

Mit dem neuen System konnte erstens die Kreditsumme für die Landwirtschaft erhöht werden, da die Kredite selber nicht mehr aus dem Staatshaushalt, sondern von Privatbanken gestellt wurden und der Staat sich nur an den Zinszahlungen beteiligte. Zweitens wurde durch das gestiegene Interesse der Privatbanken an einer Kreditrückzahlung auch die Zahlungsmoral der landwirtschaftlichen Betriebe nachhaltig verbessert.

Für die im Rahmen der nationalen Projekte gewährten Kredite gab es Obergrenzen. Nebenerwerbswirtschaften bekamen bis zu 300.000 Rubel (damals 8.500 Euro), Kleinbetriebe bis zu 3 Mio. Rubel (85.000 Euro) und Genossenschaften bis zu 10 Mio. Rubel (285.000 Euro). Die Kredite durften für jede Art der landwirtschaftlichen Tätigkeit verwendet werden. Für Großbetriebe gab es keine Obergrenze bei der Kreditvergabe. Jedoch durften diese Kredite nur für Bau und Modernisierung der Viehzuchtbetriebe verwendet werden. Dementsprechend hatte das Nationale Projekt »Entwicklung der Landwirtschaft« nicht die Ambition die gesamte Landwirtschaft wieder aufzubauen, sondern setzte Prioritäten bei bestimmten Produktionsbereichen und Organisationsformen.

Im Rahmen der Vorzugskreditierung durch das nationale Projekt mischte sich der Staat zwar nicht in die Festlegung des Zinssatzes durch die Privatbanken ein, jedoch hatte er einen großen Anteil an der Auswahl der Kreditnehmer, insbesondere bei großen langfristigen Krediten. Letztendlich entschied oft nicht die Bank, sondern der Staat, wer einen Kredit bekam. Dabei spielten die Interessen der jeweiligen Regionalverwaltung, die Kredite als Mittel der Entwicklung des ländlichen Raumes sah, eine wichtige Rolle.

Entsprechend dem gewünschten Kreditvolumen bekamen die Regionen Subventionen für die Zinszahlungen zugeteilt und entsprechende Listen der potenziellen Kreditnehmer wurden erstellt. Anschließend wurden diese Listen im Agrarministerium überprüft. Nachdem Erhalt eines langfristigen Kredites, dessen Verwendung durch die Regionalverwaltung und das Agrarministerium geprüft und bewilligt wurde, stellte der Kreditnehmer einen Antrag auf Erstattung eines Teils der Zinszahlungen. Landwirtschaftliche Betriebe, denen keine Vorzugskredite gewährt wurden, konnten bei einer privaten Bank natürlich einen Kredit zu den üblichen Bedingungen aufnehmen.

Die Ergebnisse des Nationalen Projekts

Das Nationale Projekt ist abgeschlossen. Im Anschluss daran verabschiedete die russische Regierung das »Staatliche Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft 2008–2012«. Das Nationale Projekt hat, wenn man der offiziellen Statistik des Agrarministeriums glauben kann, alle Zielvorgaben erfüllt. Wir sehen von der Auflistung der Zahlen ab, die die Siegesrhetorik des Rechenschaftsberichtes des nationalen Projektes umrahmten. Eine Zusammenfassung sieht so aus: In einigen wenigen Fällen wurde der Plan gerade erfüllt, wie z. B. bei der Steigerung der Milchproduktion, der Stabilisierung der Viehzucht, der Aufnahme langfristiger Kredite und dem durchschnittlichen Umsatzvolumen der Genossenschaften. Alle anderen Zielvorgaben wurden übererfüllt und einige sogar um das zweifache übertroffen. Obwohl die gesteckten Projektziele erreicht wurden, betonen viele Experte, dass das Nationale Projekt die Lage der Landwirtschaft nicht grundsätzlich verändert habe, wofür zum einen der geringe Anteil privater Kleinbetriebe und Nebenerwerbswirtschaften im Projekt und zum anderen die pessimistischen Bewertungen des Projektes in Meinungsumfragen unter der russischen Bevölkerung als Beleg genannt wurden.

Die Kritik bezüglich der geringen Beteiligung privater Betriebe ist auf den ersten Blick berechtigt. Nach Angaben des Landwirtschaftszensus von 2006 gab es in Russland 250.300 landwirtschaftliche Kleinbetriebe und 17,9 Mio. Nebenerwerbswirtschaften (davon 15,8 Mio. auf dem Land und 2,1 Mio. in Städten). Im Rahmen des Nationalen Projektes erhielten Kleinbetriebe und Nebenerwerbswirtschaften 460.000 Kredite, dabei erreichte ihr Anteil in einigen Regionen, wie z. B. Kalmykien oder Astrachan, mehr als 10 %. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass die Nachfrage nach Vorzugskrediten alle Erwartungen überstieg. Wie der Vor-

standsvorsitzende der »Rosselchos-Bank«, der Russischen Agrarbank, Juri W. Truschin berichtete, rechnete die Bank, die vor allem für die Kreditierung kleiner Betriebe zuständig war (während die Sberbank die landwirtschaftlichen Großbetriebe betreute) für 2006 im Rahmen des Nationalen Projektes mit einer Kreditvergabe im Umfang von 20–25 Mrd. Rubel. Im ersten Quartal 2007 lag die Summe der tatsächlich vergebenen Kredite schon bei 65 Mrd. Rubel. Dementsprechend erhöhte die Bank die Zahl ihrer Filialen während der Laufzeit des Nationalen Projektes von 317 auf 1470, um flächendeckend im ländlichen Raum präsent zu sein.

Die Bewertung des Nationalen Projekts bei Landwirten und in der Bevölkerung

Die Einschätzungen des Nationalen Projektes zur Landwirtschaft fallen in Meinungsumfragen sehr unterschiedlich aus. Die Umfragen unter der russischen Bevölkerung zeigten eine eher skeptische Einstellung der Bevölkerung zu den Zielen und Ergebnissen. Die Umfragen unter den landwirtschaftlichen Betrieben zeigen jedoch eine positivere Wahrnehmung.

Angaben des WZIOM zufolge nannten 1 % der Russen die Umsetzung des Nationalen Projektes zur Landwirtschaft »zweifellos erfolgreich«, weitere 11 % »eher erfolgreich«. Dabei hatte fast die Hälfte (44 %) der Respondenten Schwierigkeiten, den Erfolg des nationalen Projektes einzuschätzen. Die kritische Haltung der Bevölkerung war offensichtlich mit dem politischen Kontext aller nationalen Projekte verbunden. Nach Angaben des WZIOM hielten 16 % der Russen alle Projekte für eine Propagandaaktion des Staates, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der sinkenden Lebensqualität abzulenken.

Die Ergebnisse der Meinungsumfrage unter landwirtschaftlichen Betrieben, die 2006 vom Russischen

Institut für Agrarprobleme und Informatik durchgeführt wurde, unterscheiden sich sehr von der Umfrage des WZIOM (vgl. Tabelle und Grafik auf S. 24). Etwa die Hälfte der Projektteilnehmer und ca. 40 % der übrigen landwirtschaftlichen Betriebe waren der Meinung, dass der Einfluss des Nationalen Projektes auf die Lage in der Landwirtschaft erheblich ist. Jeder zweite Vertreter einer Nebenerwerbswirtschaft, die zur Zeit der Umfrage am Projekt nicht beteiligt war, hatte die Absicht später einen Kredit aufzunehmen.

Zu den positiven Tendenzen im Agrarsektor, die nicht direkt als Ziel im Projekt aufgeführt wurde, zählt auch die erreichte finanzielle Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebe. Der Anteil der profitablen Unternehmen stieg während der Laufzeit des Nationalen Projektes von 58 % auf 73 %. Die Löhne in der Landwirtschaft wuchsen in diesem Zeitraum schneller als in anderen Wirtschaftsbranchen, auch wenn sie weiterhin in absoluten Zahlen vergleichsweise niedrig sind.

Die für Russland als charakteristisch zu bezeichnende ausgeprägte bürokratische Hierarchie hatte auch ein positives Ergebnis: der durch Präsidenten und Minister vermittelte Eindruck der Wichtigkeit der Landwirtschaft und der Bedeutung auch der Kleinbetriebe und Nebenerwerbswirtschaften sickerte durch auf alle Ebenen der Beamtenschaft. Das Nationale Projekt »Entwicklung der Landwirtschaft« ist aus dieser Sicht typisch für den in Russland insgesamt erkennbaren Trend wachsenden staatlichen Einflusses und zunehmender Bedeutung administrativer Ressourcen bei der Lösung von Wirtschaftsproblemen. Das Nationale Projekt illustriert so den starken staatlichen Einfluss auf die Entwicklung marktwirtschaftlicher Wirtschaftsformen im ländlichen Raum.

Übersetzung: Lina Pleines

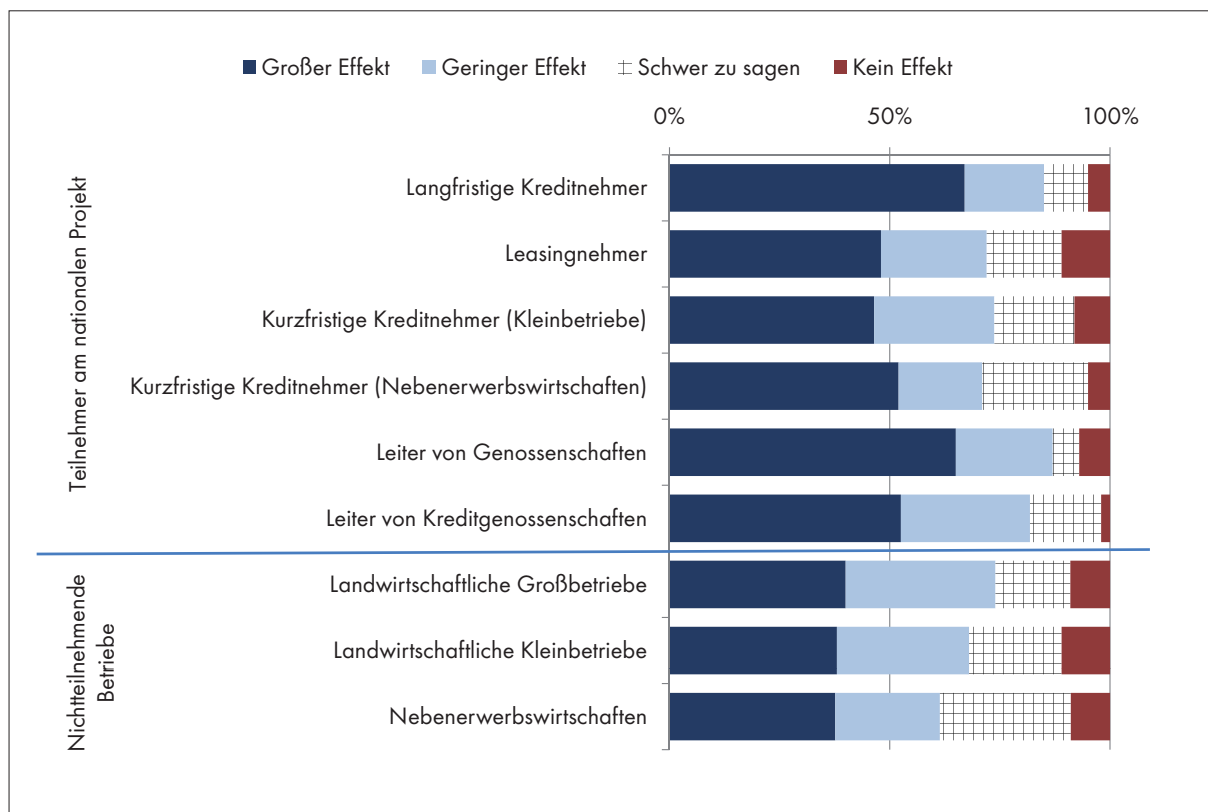
Über die Autorin:

Dr. Swetlana Jurjewna Barsukowa ist Professorin für Wirtschaftssoziologie an der Higher School of Economics in Moskau. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die informelle Wirtschaft und Wirtschaftssoziologie. Sie hat zwei Monografien und mehr als 100 wissenschaftliche Aufsätze verfasst.

Lesetipps:

- Barsukowa S., Zvyagintsev V.: Mechanism of »Political Investment«, or How and Why Business Participates in Elections and Funds Party Life, in: Social Sciences, 37.2006, Nr. 4, S.76–88.
- Barsukowa S.: Neformalnye sposoby realizacii formalnych namerenij, ili kak realizujetsja nazionalnyj projekt »Raswitiye APK« [Informelle Methoden zur Realisierung formeller Absichten, oder wie das Nationale Projekt »Entwicklung der Landwirtschaft« realisiert wird], Moskwa: GU-WSchE 2007, 56 S. <http://ecsocman.edu.ru/images/pubs/2007/05/10/0000307570/barsukova1505.pdf>

Bewertung des nationalen Projektes für die Landwirtschaft durch die landwirtschaftlichen Betriebe (2006)



	Großer Effekt	Geringer Effekt	Kein Effekt	Schwer zu sagen
<i>Teilnehmer am nationalen Projekt</i>				
Langfristige Kreditnehmer	67 %	18 %	5 %	10 %
Leasingnehmer	48 %	24 %	11 %	17 %
Kurzfristige Kreditnehmer (Kleinbetriebe)	46 %	27 %	8 %	18 %
Kurzfristige Kreditnehmer (Nebenerwerbswirtschaften)	52 %	19 %	5 %	24 %
Leiter von Genossenschaften	65 %	22 %	7 %	6 %
Leiter von Kreditgenossenschaften	52 %	29 %	2 %	16 %
<i>Nichtteilnehmende Betriebe</i>				
Landwirtschaftliche Großbetriebe	40 %	34 %	9 %	17 %
Landwirtschaftliche Kleinbetriebe	38 %	30 %	11 %	21 %
Nebenerwerbswirtschaften	38 %	24 %	9 %	30 %

Quelle: Umfrage des Russischen Instituts für Agrarprobleme und Informatik

Lesehinweis

Rundbrief zur Agrar- und Ernährungswirtschaft der Russischen Föderation

Der regelmäßig in deutscher Sprache erscheinende, kostenlose Newsletter umfasst Informationen zur Agrarpolitik und den Märkten in Russland sowie aktuelle Veranstaltungshinweise. Zudem soll in regelmäßigen Abständen ein Schwerpunktthema ausführlicher behandelt werden.

Die Beiträge im Rundbrief zur Agrar- und Ernährungswirtschaft der Russischen Föderation werden durch das Kooperationsprojekt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz »Deutsch-russischer Agrarpolitischer Dialog« aus dem Russischen übersetzt und zusammengestellt. Mit der Durchführung des Projektes ist die Ekosem-Agrar GmbH beauftragt.

Bestellung des Rundbriefes: Wenn Sie in Zukunft alle Ausgaben erhalten möchten, richten Sie bitte eine kurze Anfrage per Email an Judith Moering (judith.moering@ekoniva.com). Im Internet ist der Rundbrief in Kürze abrufbar auf der Webseite des Kooperationsprojektes <http://www.agrardialog.ru/> unter dem Punkt Informationen.

Aus dem Inhalt

Agrarpolitik

- Der russische Landwirtschaftsminister Alexej Gordejew erklärt 2009 zum Jahr des russischen Ackerlandes
- Viktor Subkow: So schnell wie möglich zuverlässige Rahmenbedingungen für den Rechtsverkehr mit Grundstücken schaffen und die Liquidität der landwirtschaftlichen Nutzflächen erhöhen
- Russland tritt der WTO möglicherweise bereits im laufenden Jahr bei
- Wahl des neuen Landwirtschaftsministers steht bevor
- Vizepremier der Russischen Regierung Viktor Subkow berät über Intensivierung der nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft, der Fischerei- und Forstwirtschaft
- Neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose in der Landwirtschaft
- Russland wird Weizen und Mehl im Wert von 750 Mio. Dollar mittels gebundener Kredite exportieren
- Bildungssystem für Agrarfachkräfte soll optimiert werden

Markt und Handel

- Rosselchosbank gewährt Kredite in Höhe von 240 Mrd. Rbl. für Frühjahrsbestellung
- Landwirtschaftliche Kredite werden bis zum 1. Januar 2013 subventioniert
- Russische Landwirtschaftsbank unter den fünf größten Banken Russlands
- Mit Jahresbeginn 2009 haben Rosselchosbank und Außenhandelsbank WTB ihr Kreditvolumen für Unternehmen des Agrarsektors erweitert
- Regierung unterstützt Landwirtschaftsversicherung
- Aufsichtsrat der OAO »RossagroLeasing« beschließt neue Schwerpunkte und Geschäftspläne für das Jahr 2009
- Branchenverbände geben Prognosen über die Entwicklung des Lebensmittelmarktes bekannt
- Russischer Landmaschinenbau erhält weitere staatlichen Hilfen – Einfuhrzölle werden erhöht
- Durchschnittlicher Fleischverbrauch pro Kopf in Russland 2008 um 12,5 % auf 63 kg gestiegen
- Die Überwachungsbehörde Rosselchosnadsor führt befristete Beschränkungen bei den Lieferungen von Geflügelprodukten aus einigen deutschen Bundesländern ein
- Die Überwachungsbehörde Rosselchosnadsor führt befristete Beschränkungen bei Importen von Produkten einiger Betriebe aus Kanada, USA, Uruguay, Belarus und der Ukraine ein
- Administrative Barrieren bei der Zertifizierung von quarantänepflichtigen Produkten aus der EU
- Einfuhrquoten für Fleisch sollen für einen Zeitraum von drei Jahren festgelegt werden

- Wachstumstempo der einheimischen Fleischproduktion gibt Anlass zu Optimismus
- Das Jahr 2009 verspricht neue Impulse für die Milchviehzucht
- Monitoring des Milchproduktmarktes soll überwachen, ob die Hersteller die Anforderungen der technischen Reglements erfüllen
- Branchenprogramm zur Entwicklung der Milchviehzucht
- Die Überwachungsbehörde Rosselchosnadsor führt das automatisierte System »Veterinäraufsicht« ein
- Agrarkommission der Regierung unterstützt die Initiative des Verbandes der Zuckerproduzenten zur Erhöhung der Importzölle auf Zucker
- Regierungsinitiative für eine staatliche Getreideholding
- Regierung behandelt Frage einer Senkung der Exportsteuer auf Düngemittel
- Gewerkschaften befürworten die Initiative einer Streichung der Exportsteuern auf mineralische Rohstoffe und Düngemittel
- In Russland wächst nach Angaben des Föderalen Statistikamtes (Rosstat) das Produktionsvolumen der Landwirtschaft im Jahr 2008 um 10,8 %
- Angaben über die staatlichen Interventionsfonds auf dem Getreidemarkt vom 2. Februar 2009

Aus den Regionen

- In der Altai-Region entstehen neue Produktionskomplexe
- Erste »Ural«-Ferkel in der Schweineanlage »Uralskij«
- Im Gebiet Uljanowsk entstand der europaweit größte Komplex für die Produktion von funktionalen Trockenprodukten
- Tatarstan baut Werk für Montage weißrussischer Mähdrescher
- Im Gebiet Astrachan entsteht eine Broilermastproduktion

- Schwerpunkt
- Russlands Getreidepreise – ist die Talsohle durchschritten?
- Absatzmarkt Pflanzenöl

Veranstaltungen im Februar 2009

Chronik

Vom 12. bis zum 26. Februar 2009

12.2.2009	Ein außer Dienst gestellter russischer und ein aktiver US-Telekommunikationssatellit kollidieren um 0:55:59 Uhr in einer Kreisbahn 788,57 Kilometer über der Erde, Länge 97,88 Ost, Breite 72,50.
12.2.2009	Der Stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Duma, Michail Babitsch, teilt mit, dass die Verteidigungsausgaben im Haushalt 2009 um 15 % gekürzt werden.
12.–15.2.2009	Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Abdullah Gul. Gul führt Gespräche mit Präsident Dmitrij Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin und besucht Kasan, die Hauptstadt von Tatarstan.
13.2.2009	Die russischen Streitkräfte in Tschetschenien teilen mit, dass sie im Januar 2009 acht »Rebellenbasen«, elf Waffenlager und ca. 190 kg Sprengstoff aufgefunden und zerstört haben.
14.2.2009	In Petersburg, Togliatti, Taganrog und Moskau kommt es zu Streiks der Automobilarbeiter. Sie protestieren gegen Lohnkürzungen, Entlassungen und tätliche Angriffe auf ihre Funktionäre.
14.2.2009	Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow empfängt anlässlich des 20. Jahrestages des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan eine Abordnung von Afghanistankämpfern.
15.2.2009	In Dagestan werden bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte drei Untergrundkämpfer getötet.
15.2.2009	In einem Interview mit dem Fernsehsender »Rossija« kommentiert Präsident Dmitrij Medwedew die Wirtschaftssituation und erläutert die Maßnahmen der Regierung. Er geht u.a. auf Rubelabwertung, Arbeitslosigkeit und Finanzhilfen für angeschlagene Privatunternehmen ein. Einige russische Medien interpretieren das Interview als Kritik an der Regierung und Ministerpräsident Wladimir Putin.
16.2.2009	Die Zeitschrift »Finans« publiziert die diesjährige Liste russischer Milliardäre. An der Spitze steht nun Michail Prochorow mit 14 Mrd. US\$, an zweiter Stelle Roman Abramowitsch mit 13,9 Mrd. Gegenüber dem Vorjahr haben die russischen Magnaten erheblich an Vermögen eingebüßt: Prochorow hat über 7 Mrd. US\$ verloren, Abramowitsch 9 Mrd. und Oleg Deripaska, der von Platz 1 auf Platz 7 abrutschte, 35 Mrd. US\$.
16.2.2009	Der russische Präsident entlässt die Gouverneure von Pskow, Orel, Woronesh und dem Autonomen Kreis der Nenzen auf eigenen Wunsch der Betroffenen. Als Nachfolger des Gouverneurs von Woronesh nominiert Präsident Dmitrij Medwedew den Landwirtschaftsminister Alexej Gordejew.
17.2.2009	Präsident Dmitrij Medwedew nominiert Nikolaj Winogradow, den Gouverneur von Wladimir, erneut für das Gouverneursamt.
18.2.2009	Der russische Nuklearkreuzer »Peter der Große« trifft im Jemen ein und übergibt den Behörden 10 Personen, die das russische Schiff bei einem Angriff auf einen iranischen Trawler gestellt und festgenommen hat.
18.2.2009	In Anwesenheit des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew und des japanischen Ministerpräsidenten Taro Aso wird die Flüssigerdgas-Verschiffungsanlage im Hafen auf Sachalin eröffnet. Bei den Gesprächen werden u. a. weitere Möglichkeiten der Kooperation im Energiebereich erörtert.
18.2.2009	Der in Sierra Leone registrierte chinesische Frachter »New Star« sinkt in schwerer See vor Wladiwostok. Nur acht Mitglieder der 16-köpfigen Besatzung werden gerettet. Der Frachter hatte den Hafen von Wladiwostok entgegen der Anweisung der Grenzbehörden verlassen und war von russischen Grenzschutzbooten verfolgt worden, die es durch Beschuss versenkten.
18.2.2009	Alexander Tschernogorow, der ehemalige Gouverneur der Region Stawropol, der im Mai 2008 von Präsident Dmitrij Medwedew abgesetzt wurde, wird zum Stellvertretenden Agrarminister ernannt.
19.2.2009	Die Geschworenen des Moskauer Militärbezirksgerichts erkennen vier Männer für nicht schuldig, die wegen Beteiligung an der Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja angeklagt worden waren.
19.–20.2.2009	In Moskau finden auf Arbeitsebene Gespräche zwischen Nordkorea und den fünf Dialogpartnern (Russland, China, USA, Japan, Südkorea) über das nordkoreanische Atomprogramm statt.
20.2.2009	Ljubow Majkowa, die oberste Richterin des Moskauer Wirtschaftsbezirksgerichts, wird wegen Amtsmissbrauch suspendiert.
20.2.2009	Waleri Sorkin, Vorsitzender des russischen Verfassungsgerichts, wird für drei Jahre wiedergewählt.
20.2.2009	Kirgistan teilt der US-Regierung offiziell mit, dass der Luftwaffenstützpunkt Manas den USA nicht mehr zur Verfügung steht.

21.2.2009	Die Oppositionsgruppe »Solidarnost« hält in Moskau eine Demonstration unter dem Motto »Russland ohne Putin« ab. An der genehmigten Veranstaltung nahmen ca. 350 Personen teil.
21.2.2009	In Jekaterinburg demonstrieren Rentner durch Blockade einer Kreuzung im Zentrum gegen die Sozialreformen der Regierung. Der Protest war von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation initiiert.
21.2.2009	In Urus-Martan (Tschetschenien) werden zwei Polizisten getötet und ein dritter verwundet, als ein Unbekannter mit einer Pistole auf sie feuert.
22.2.2009	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte in Machatschkala (Dagestan) werden vier Untergrundkämpfer getötet.
22.2.2009	Generalmajor a.D. Alexander Rogatschow, ein ehemaliger hoher Offizier des Inlandsgeheimdienstes FSB, wird in Moskau in seinem Wagen erschossen aufgefunden.
23.2.2009	In Murmansk protestieren pensionierte Marineoffiziere gegen die Sozialpolitik der Regierung.
24.2.2009	Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew, die ehemaligen Besitzer des Energiekonzerns Jukos, werden von ihren Haftorten nach Moskau verbracht, da gegen sie ein neuer Prozess angestrengt wird.
24.2.2009	Im Dorf Plijewo in Inguschetien wird ein Mitarbeiter der inguschetischen Staatsanwaltschaft von Unbekannten erschossen.
25.2.2009	Finanzminister Alexej Kudrin schätzt, dass die Einkünfte des russischen Staatshaushaltes um 42 % niedriger ausfallen werden als bei der Verabschiedung des Haushaltes im Herbst 2008 berechnet.
25.2.2009	Die russische Staatsanwaltschaft beziffert den im Jahr 2008 durch Korruption entstandenen Schaden auf ca. 5 Mrd. Rubel.
25.2.2009	Der Föderale Staatliche Statistikdienst gibt bekannt, dass ausländische Investitionen in Russland im Jahr 2008 um 14,2 % geringer als im Vorjahr ausfielen.
25.2.2009	Das Lewada-Zentrum veröffentlicht eine Umfrage, laut der 12 % der Befragten in der Russischen Föderation eine Vereinigung der Russischen Föderation mit der Ukraine, 29 % zwei Staaten mit geschlossenen Grenzen, Visapflicht und Zoll und 51 % zwei Staaten mit offenen Grenzen ohne Visapflicht und Zoll wünschen.
25.2.2009	In einer Rede vor einer erweiterten Sitzung des Kollegiums der Staatsanwaltschaft fordert Präsident Dmitrij Medwedew die Staatsanwälte auf, mit den Geschworenengerichten zusammenzuarbeiten, anstatt die Geschworenen der Käuflichkeit zu bezichtigen.
26.2.2009	Die nordkoreanischen Behörden lassen den russischen Frachter »Omskij-122« frei, der am 17.2.2009 wegen eines Sturms in nordkoreanische Hoheitsgewässer geraten und von nordkoreanischen Grenztruppen festgesetzt worden war.
26.2.2009	Im jährlichen Bericht zur Lage der Menschenrechte des Außenministeriums der USA wird Russland neben Pakistan, Afghanistan, Nordkorea, Iran, Irak, dem Sudan, Somalia, Myanmar, Simbabwe und Kuba wegen Verletzung der Menschenrechte kritisiert.
26.2.2009	In Machatschkala, der Hauptstadt Dagestans, wird ein Bombenanschlag auf einen Bus der Miliz verübt, vier Milizangehörige und ein Passant werden verletzt. Ein zweiter Sprengsatz wird am Anschlagort entschärft.

Die Russland-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de